

Méi Biergerbedeelegung an eise Gemengen : firwat a wéi?

mat konkreten Ureegungen fir Partizipatioun am Kontext vum PAG



INDEX

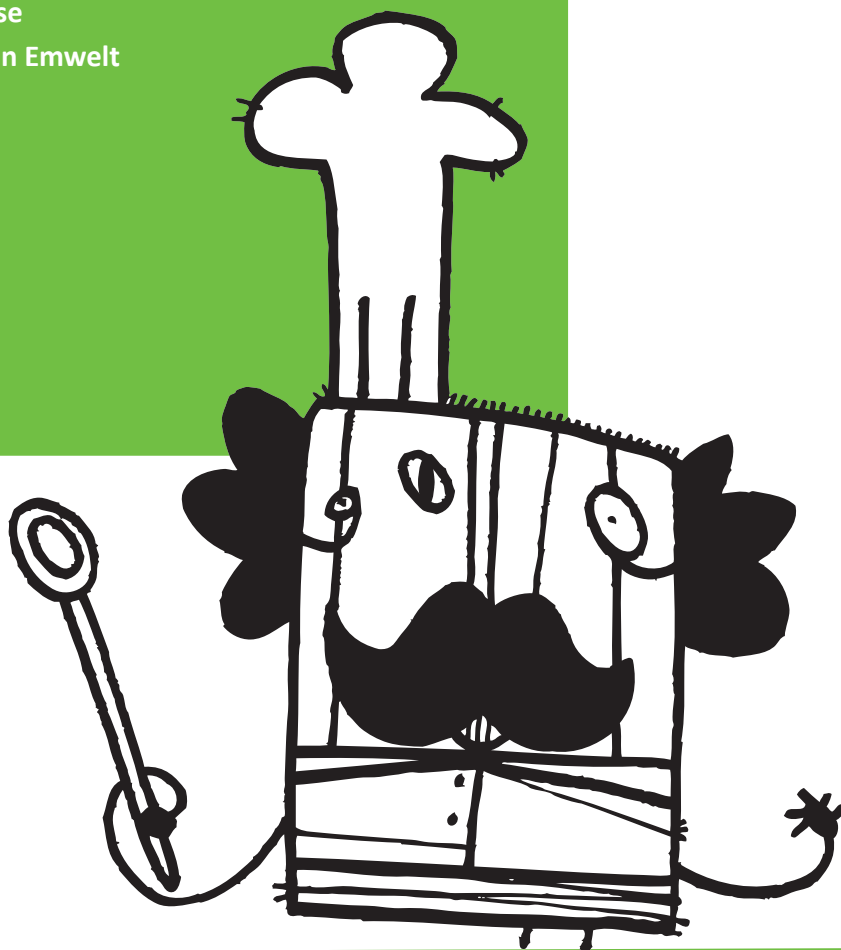
- 2 Index
- 3 Editorial

- 4 **Kapitel 1: Neue Wege gehen in der Bürgerbeteiligung**
 - Warum Bürgerbeteiligung?
- 6 Grundsätzliche Voraussetzungen für eine gelungene Bürgerbeteiligung
- 8 Bedenken gegenüber der Bürgerbeteiligung?
- 10 Grenzen der Bürgerbeteiligung
- 11 Vielfalt der Beteiligungsformen nutzen

- 13 **Kapitel 2: Flächennutzungsplan (PAG): Statt „end of pipe“: BürgerInnen frühestmöglich einbinden!**
 - 14 Zukunftsvorstellungen festlegen und auch räumlich verankern – die Ziele des PAG
Anregungen für einen zielorientierten Beteiligungsprozess im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben

- 21 **Kapitel 3: Flächennutzungsplan (PAG) und nachhaltige Gemeindeentwicklung: Einige inhaltliche Empfehlungen**
 - Räumliche Ausweisung von Zonen: die juristischen Möglichkeiten voll ausnutzen
- 23 Weitere Akzente im Sinne einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung im PAG setzen

- 24 **Proposition de délibération du conseil communal concernant la politique d'information et la participation citoyenne**
- 25 **Gesetzes- und Literaturhinweise**
- 26 **Aeren Don fir Mensch, Natur an Emwelt**
- 27 **Impressum**



Editorial

Verstärkte Bürgerbeteiligung: Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung

Unsere Gesellschaften stehen derzeit vor gewaltigen Herausforderungen. Um die Zukunftsfähigkeit des Planeten zu sichern, lebenswerte Bedingungen für die kommenden Generationen zu erhalten... müssen wir unseren Lebensstil hinterfragen und bereit sein neue Wege zu gehen. Eine nachhaltige Entwicklung - weniger Konsum, ein kritisches Hinterfragen des materiellen Wachstums, ein größerer Stellenwert von Sozialkontakten - kann zu mehr Lebensqualität im Alltag und zu einer größeren Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft beitragen.

Dieser Umbruch der Gesellschaft erfordert einen breiten Konsens darüber, wie wir morgen leben wollen, wie wir auf der lokalen, regionalen und nationalen Ebene den verfügbaren Raum sowie die natürlichen Ressourcen nutzen wollen.

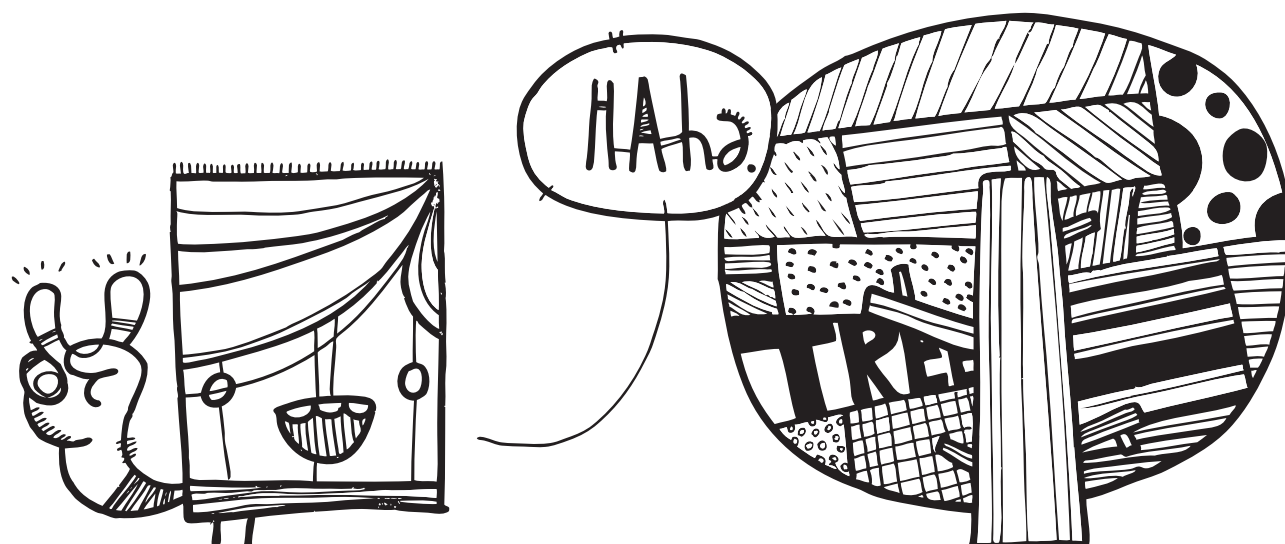
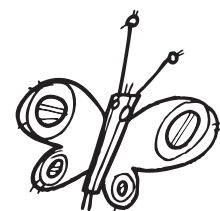
Die Gefahr ist jedoch groß, dass dieser Konsens nur begrenzt herbei geführt wird, Diskussionen über diese z.T. sehr komplexen Fragen z.B. nur in geschlossenen „Zirkeln“ geführt und bestimmte Teile der Bevölkerung davon ausgeschlossen werden. Oder aber, dass nicht genug Bedeutung darauf gelegt wird, wie man verstärkt Verständnis für die Perspektive von Anderen fördert und so eine Annäherung unterschiedlicher Standpunkte herbeiführen kann. Die Zukunft kann wohl nur dann nachhaltig gestaltet werden, wenn gemeinsam aufgrund von nachvollziehbaren Fakten über mögliche Zukunftsszenarien diskutiert sowie ein Perspektivenwechsel vollzogen wird. Mehr „bottom up“ stellt eine Bereicherung für unsere Gesellschaft dar!

Diese Broschüre soll Anregungen geben, wie eine solche Beteiligung der BürgerInnen an Entscheidungsprozessen auf Gemeindeebene erfolgen kann: welche Vorteile sie bieten kann, welche Grenzen jedoch auch zu beachten sind und welche methodischen Möglichkeiten sich anbieten.

Wer Demokratie „von unten“ in seiner Gemeinde erlebt und erfährt, dürfte auch eine andere Herangehensweise an nationale Entscheidungsprozesse entwickeln. Eine „Kultur der Beteiligung“, die in Luxemburg leider noch weitgehend fehlt, kann in der Gemeinde - der Keimzelle der Demokratie, wenn sie es denn will - progressiv aufgebaut werden.

In der vorliegenden Broschüre wird dies im Besonderen am Beispiel des Flächennutzungsplanes (PAG) dargestellt. Dieser bietet sich in der Tat optimal als Beteiligungsinstrument an: er prägt in erheblichem Ausmaß das Leben in der Gemeinde in den nächsten Jahren. Dies nicht nur durch die Festlegung der räumlichen Nutzung, sondern in erster Linie durch die grundsätzlichen Entscheidungen über die Entwicklung der Gemeinde in allen politischen Bereichen.

Mouvement Ecologique und Oekozyklus hoffen hiermit einen weiteren Beitrag zu einer verstärkten Bürgerbeteiligung und somit zu einer lebendigen Demokratie zu leisten.



KAPITEL 1

Neue Wege gehen in der Bürgerbeteiligung




Warum Bürgerbeteiligung?

Mit dem Begriff „Bürgerbeteiligung“ wird die Beteiligung („Partizipation“) von BürgerInnen an politischen Entscheidungen und Planungsprozessen bezeichnet. Vor allem auf der kommunalen Ebene findet die Bedeutung der Bürgerbeteiligung mehr und mehr Anerkennung.


Zahlreiche Motive sprechen für eine gut gestaltete Bürgerbeteiligung:

- **Das Wissen der BürgerInnen nutzen:** BürgerInnen haben Kompetenzen, sei es aufgrund ihrer Lebenserfahrung, ihres Alltagslebens, ihrer Bildung... Es wäre schlichtweg widersinnig, dieses Wissen nicht zu nutzen.
- **Lebendige Demokratie und gesellschaftliches Engagement fördern:** Beteiligung schafft neue Formen der Mitwirkung, auch von jenen BürgerInnen, die parteipolitisch nicht aktiv sind.
- **Politisch Verantwortliche entlasten und gegenseitiges Lernen ermöglichen:** Die Zeiten sollten vorbei sein, wo auf Gemeindeebene der Schöffenrat die alleinige Verantwortung für ein Projekt tragen und dafür einstehen muss. Sicherlich: den gewählten Vertretern obliegt die Endentscheidung in einem Planungsprozess, vieles spricht jedoch für eine Einbeziehung von BürgerInnen im Vorfeld. Eine solche - im Übrigen auch zeitgemäße - Vorgehensweise schafft zudem Vertrauen in die Politik und erhöht deren Legitimation. Dabei lernen Politiker und Bürger ebenfalls verstärkt, sich mit den Standpunkten Anderer auseinander zu setzen, gesellschaftsrelevante Anliegen, aber auch Zwänge kennen zu lernen und eine lebendige Demokratie zu gestalten.
- **Akzeptanz und Identifikation mit Projekten erhöhen:** Die Beteiligung von BürgerInnen kann auch dazu beitragen, dass sich BürgerInnen mit einem Projekt stärker identifizieren, dieses auf größere Akzeptanz stößt, u.a. da die Betroffenen ihre Meinung einbringen konnten und letztlich die Gründe für das „Warum“ einer Entscheidung von einer größeren Anzahl von BürgerInnen nachvollzogen werden können.
- **Konflikte vermeiden oder zumindest reduzieren:** Ein offener Austausch, die Möglichkeit sich einzubringen, das Nachvollziehen von Entscheidungsprozessen... führen dazu, dass - auch wenn nicht immer Einigkeit in allen Punkten erreicht werden kann - zumindest Konflikte vermieden oder aber minimiert werden können. Dadurch, dass Argumente der „Gegenseite“ nachvollziehbar werden, können Spannungsfelder abgebaut und Polarisierungen vermieden werden.
- **Breite Bevölkerungsschichten einbinden / einen Austausch zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ermöglichen:** Bei klassischen politischen Prozessen werden längst nicht mehr alle Bevölkerungsschichten angesprochen; auch der Austausch zwischen Politik und BürgerInnen sowie innerhalb der Bevölkerung ist vielfach nur bedingt gegeben. Gute Bürgerbeteiligung fördert diesen Austausch und die Mitwirkung von verschiedensten Zielgruppen, auch denjenigen, die sich vielleicht normalerweise weniger einbringen oder solchen, die ansonsten evtl. weniger Gehör mit ihren Anliegen finden.
- **Planungssicherheit erhöhen und ggf. auch Zeitverzögerungen durch fehlende Akzeptanz verhindern:** Wenn BürgerInnen erst in der Endphase eines Projektes lediglich noch „Beschwerden“ einreichen können, riskiert ein Projekt ggf. am Ende einer langen Planungsphase auf großen Protest zu stoßen: Polemik und Streitigkeiten, die für alle Seiten belastend sind, sind vorprogrammiert. Dies ist verbunden mit einem entsprechenden Verlust an Zeit und einer fraglichen Umsetzung. Ein möglichst früh ansetzender Beteiligungsprozess kann dafür sorgen, dass nicht im Nachhinein derartige Streitigkeiten entstehen. Die für die Bürgerbeteiligung notwendige Zeit wird somit letztlich zu einer gewonnenen Zeit aus der Sicht des Projektes.



„Teilte man das gesamte Wissen der Menschen in zwei Teile: in einen, der allen gemeinsam, und in einen anderen, der nur den Gelehrten eigen ist, so wäre der zweite sehr klein im Vergleich zum ersten“. (Jean-Jacques Rousseau, 1712-1778)


„Beteiligung ist ein Aufwand - für alle...
... mehr Planungszeit, mehr Planungskosten...
... heisst aber auch: schnellere, konfliktfreie Umsetzung und optimale Qualität“ (*)



Beteiligung weckt Interesse an der Gemeinde; an anderen Ideen; an Menschen; an einem Perspektivwechsel; am Lernen durch das Wissen von vielen; am Austausch mit Menschen, denen man „normalerweise“ nicht begegnet; gibt Impulse; hilft Ängste und Vorurteile abzubauen, Clichés aufzubrechen; trägt dazu bei über Zukunftsfragen zu diskutieren; Bürgerengagement zu stärken... und gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Bürgerbeteiligung ist auch Integrationspolitik

„Es spricht viel dafür, dass eine verlässliche Konsultation, die auch Ergebnisse zeitigt, Vertrauen schafft und lokale Demokratie stärkt“ (*)



„Natürlich vertraue ich meinem fachlichen Urteil (und bilde mir auch ein, dass ich manches zutreffender einschätzen kann als andere Beteiligte) aber was hilft es wenn dieses Urteil nicht geteilt wird. Daher bin ich für radikal offene Prozesse.“
(Aussage eines zuständigen Experten)

EXKURS:

BÜRGERBETEILIGUNG SETZT AUCH INFORMATION VORAN

In Luxemburg gibt es mehrere Gesetze, die den Informationszugang von BürgerInnen regeln. Vor allem die sogenannte Aarhus-Konvention, umgesetzt im Gesetz vom 31. Juli 2005 „*portant approbation de la Convention sur l'accès à la justice en matière d'environnement, faite à Aarhus (Danemark), le 25 juin 1998*“ stellt eine wichtige Grundlage dar. Hier wird geregelt, dass öffentliche Instanzen - also vor allem staatliche Stellen, Gemeinden, Gemeindesyndikate - innerhalb von einem Monat umweltrelevante Anfragen von BürgerInnen beantworten und eine eventuelle Weigerung der Herausgabe von Informationen begründen müssen. Der öffentlichen Hand wird sogar vorgeschrieben, einen „erleichterten Zugang“ zu Informationen zu gewährleisten und Daten progressiv online zur Verfügung zu stellen. Die Aarhus-Konvention schreibt auch vor, dass BürgerInnen in einem frühen Stadium von Planungen eingebunden werden müssen („... pour que la participation du public commence au début de la procédure, c.-à-d. lorsque toutes les options et solutions sont encore possibles et que le public peut exercer une réelle influence“).

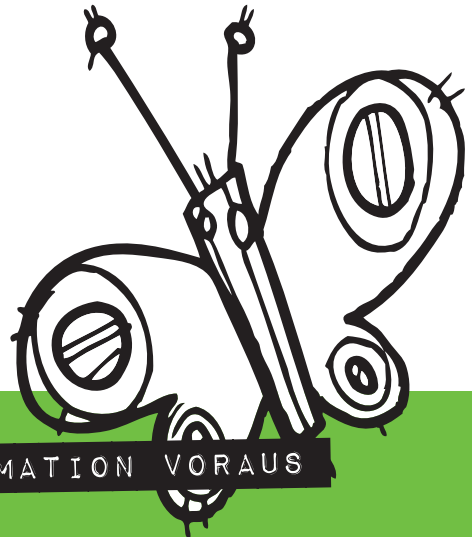
In eine ähnliche Richtung geht das Gesetz vom 25. November 2005 betreffend den freien Zugang zu Infor-

mationen im Umweltbereich („*concernant l'accès du public à l'information en matière d'environnement*“). Dieses Gesetz regelt ebenfalls die Pflicht der öffentlichen Hand Kopien von Dokumenten anzufertigen, unentgeltlich die Möglichkeiten zu bieten vor Ort Einsicht in Unterlagen zu gewähren u.a.m..

Eine weitere Grundlage stellt das Gesetz 1. Dezember 1978 „*réglant la procédure administrative non contentieuse*“ dar. Dieses schreibt vor: „... assurent la collaboration procédurale de l'administration, consacrent le droit de l'administré d'être entendu et d'obtenir communication du dossier administratif, imposent la motivation des actes administratifs et indiquent le mode de procéder des organismes consultatifs.“

Soweit die Theorie: doch zwischen Theorie und Praxis liegen manchmal (noch) Welten. Gemeinden, die sich verstärkt im Bereich Bürgerbeteiligung engagieren wollen, sollten jedenfalls die angeführten gesetzlichen Regelungen berücksichtigen und auf dieser Basis ebenfalls den freien Zugang zu Informationen gewährleisten.

Die Gesetzestexte finden Sie unter: www.meco.lu.



Grundsätzliche Voraussetzungen für eine gelungene Bürgerbeteiligung

Damit eine Bürgerbeteiligung gelingen kann, müssen bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt sein:

1. Ehrliches Bekenntnis der politisch Verantwortlichen zur Bürgerbeteiligung

Die Gemeindeverantwortlichen müssen einen offenen Beteiligungsprozess auch ehrlich wollen und hinter dem Prinzip stehen. Dies bedeutet ggf. auch, gewisse Einstellungen ihrerseits zu hinterfragen.

2. Frage des „Warum“ der Beteiligung klären

Es ist zentral, dass sich die Politik bewusst ist, warum sie beteiligen will. Um Akzeptanz für ein Projekt zu schaffen? Um ein Projekt zu verbessern? Je nachdem wie diese Antworten ausfallen, kann die Bürgerbeteiligung auch anders organisiert werden oder die Beteiligung auf bestimmte Kreise von BürgerInnen ausgerichtet sein.

3. Klären, um was es bei der Beteiligung reell geht - klare Fragestellung definieren

Wesentlich ist, dass die Fragestellung sehr klar und für den Bürger ansprechend formuliert ist. Zu abstrakte, zu generell formulierte Fragen schrecken ab und motivieren nicht unbedingt zur Mitarbeit. Die Kunst liegt darin, auch komplexe Fragestellungen griffig darzulegen. Das Ziel des Prozesses muss deutlich dargelegt werden, so konkret wie möglich für BürgerInnen nachvollziehbar sein und an deren Lebenswelten anknüpfen.

4. Beteiligung braucht einen Zeitplan - verlässliches „Feedback“ gewährleisten

Es ist unerlässlich, eine breite Kommunikation während des gesamten Prozesses zu gewährleisten. Diese muss zu Beginn ansetzen, benötigt aber eine regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf des Prozesses und muss alle relevanten Informationen, auch über die verschiedenen Aussagen die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gemacht wurden, beinhalten. Es versteht sich von selbst, dass eine Gruppe von Personen - eine Art Steering-Gruppe - zusammengesetzt werden muss, die den gesamten Prozess begleiten und gewährleisten.

5. Frühzeitig mit der Bürgerbeteiligung ansetzen

Beteiligung „kann zu spät“ kommen und dann kontraproduktiv sein, weil BürgerInnen das Gefühl haben, alles sei eh schon entschieden... Es gilt somit frühestmöglich damit anzusetzen: dies zu einem Zeitpunkt, wenn der Prozess noch recht offen ist und vor allem auch nicht bereits Spannungen aufgetreten sind.

6. Offenheit der Beteiligung benennen

Nicht immer ist der Beteiligungsprozess noch völlig offen; häufig gibt es gewisse Rahmenbedingungen oder Grundsatzentscheidungen, die nicht mehr hinterfragt werden können / sollen. Z.B. gibt es wohl des öfteren einen finanziellen Rahmen der nicht gesprengt werden kann oder aber es gibt politische Leitlinien der Gemeinde (z.B. kein Ausbau des Individualverkehrs), die nicht in Frage gestellt werden sollen. Auch diese „Vorgaben“ der Gemeinden sollten offen benannt werden.

7. Transparenz in den Fakten sichern

Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass den BürgerInnen alle Fakten offen dargelegt werden und ein fairer Dialog auf gemeinsamer Augenhöhe möglich ist. Die BürgerInnen müssen deshalb über die notwendigen objektiven Grunddaten, fachlichen Analysen usw. verfügen, die ihnen einen vergleichbaren Wissensstand mit den Politikern ermöglichen. Bürgerbeteiligung braucht neben jeder Kreativität - auch eine Auseinandersetzung mit nachvollziehbaren Fakten; alle relevanten Informationen müssen für die Beteiligten einsehbar sein.

8. Bewusst entscheiden, wer beteiligt werden soll

Es gilt bewusst zu entscheiden, welche BürgerInnen bzw. Zielgruppen primär eingebunden werden sollen und niemanden „zu vergessen“. Nicht immer bietet es sich an, alle BürgerInnen einzubinden, sondern manchmal kann es sinnvoller sein nur jene einzubeziehen, die besonders betroffen sind. Nicht unbedingt muss der Schwerpunkt auf dem „möglichst viele“ liegen, sondern eher darauf, dass eine Repräsentativität gegeben ist.

9. Angemessene Form der Beteiligung finden

Wenn man weiss, wen man beteiligen will, ergibt sich auch, wie der Prozess am Besten gestaltet werden soll, um diese Personen auch zu erreichen. Es ist zielführend, unterschiedliche Beteiligungsformen einzusetzen, die es erlauben unterschiedliche Bevölkerungskreise bzw. Interessenvertreter zu erreichen und sicherzustellen, dass die verschiedenen Belange zu Wort kommen.

10. Unabhängige Moderation / Begleitung des Prozesses gewährleisten

Beteiligung kann nicht von den politisch Verantwortlichen selbst moderiert werden, auch nicht oder nur sehr begrenzt von einem mit dem Projekt selbst befassten Studienbüro (wie im Falle eines Flächennutzungsplanes – PAG oder eines Infrastruktur- oder Bauvorhabens). Sinnvoll ist die Moderation / die Organisation des Prozesses - falls nur möglich - Akteuren zu übergeben, die im Entscheidungsprozess selbst keine Rolle spielen. Dabei kann die Moderation auch von Akteuren aus der Region erfolgen (z.B. auch von Journalisten oder anderen qualifizierten Personen); die Entwicklung und Begleitung des gesamten Prozesses sollte aber - vor allem bei größeren Projekten - auch von im Beteiligungsprozess qualifizierten Akteuren erfolgen.

11. Kommunikation des Prozesses - der Entscheidung

Die Ergebnisse in den verschiedenen Phasen der Beteiligung müssen mit geeigneten Mitteln (u.a. via Internet) kommuniziert werden, ebenso wie die Elemente, die zu dieser Entscheidung geführt haben.

12. Keine „one shot“-Aktion - Beteiligung braucht einen Prozess und Kontinuität

Bürgerbeteiligung zu einem Projekt kann sich nicht auf eine einzelne Veranstaltung reduzieren, sondern setzt in der Regel einen Prozess voraus, der sich über mehrere Phasen hinzieht. D.h. von Anfang an bis zur Endentscheidung eines Projektes sollte die Bürgerbeteiligung stattfinden, immer wieder eine Rückkoppelung zu den teilnehmenden BürgerInnen an der Entwicklung des Projektes erfolgen und die Resultate auch transparent dargelegt werden.

SCHLUSSFOLGERUNG: GRUNDFRAGEN DER BETEILIGUNG

- Wollen wir diese Beteiligung wirklich? Mit welchem Ziel?
- Wie kann die Fragestellung am Besten umrissen werden?
- Wie offen ist der Prozess noch? Welche Fakten sollen den BürgerInnen vorgelegt werden?
- Welche BürgerInnen sollen eingebunden werden? Alle? Bestimmte Zielgruppen?
- Mit welcher Methode können diese am Besten eingebunden werden?
- Über welchen Zeitrahmen soll die Bürgerbeteiligung erfolgen?
- Verfügt die Gemeinde über ausreichend Ressourcen, um diese Beteiligung zu gewährleisten?
- Wie kann über den Verlauf der Bürgerbeteiligung informiert werden?
- Ist ein externes Beratungsbüro vorhanden, das den Prozess fachkundig begleiten kann?
- Wie ist eine Rückkoppelung zwischen BürgerInnen, Gemeindeverwaltung und Politik gewährleistet? (*)



Die Kunst liegt auch darin, auch komplexe Fragen alltagsnahe aufzubereiten. Gute Experten zeichnen sich auch dadurch aus, dass es ihnen gelingt, komplexe Sachverhalte verständlich darzulegen.

„Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß und zu kompliziert seien. Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan. (...) Die Politik ist zugänglich, beeinflussbar für jeden. Das ist der zentrale Punkt der Demokratie“.
(Olof Palme, 1927-1986)

DIE „WER“-FRAGE

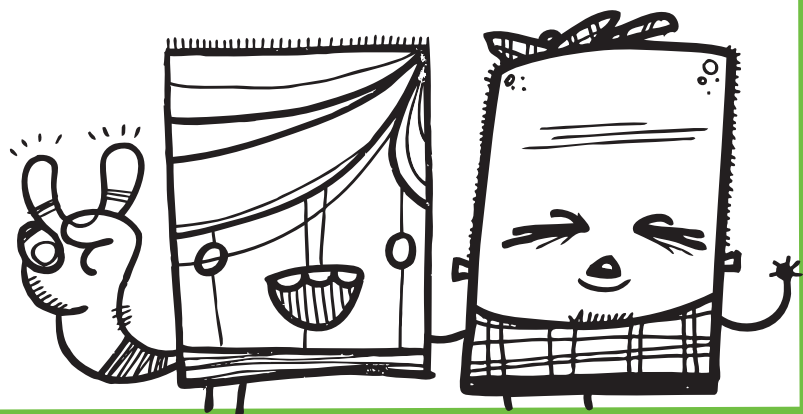
Zentral bei einem Prozess, und häufig zu sehr unterschätzt, ist die „Wer-Frage“:

- Werden alle Akteure einbezogen, die relevante Gesichtspunkte einbringen könnten?
- Werden zentrale „Entscheider“ eingebunden?
- Werden weitere Akteure erreicht, die zur Lösung des Problems beitragen könnten?
- Fördert die Zusammensetzung der Beteiligten das Entstehen unvorhergesehener Lösungen?
- Repräsentiert der Beteiligtenkreis die Strukturen und Meinungen der lokalen Bevölkerung?
- Wird die Verschiedenheit der Methodenwahl berücksichtigt?
- Sind die Rollen der am Mitwirkungsprozess Beteiligten für alle klar? (*)

Menschen sind verschieden: Die einen nehmen gerne an Sitzungen teil, andere hingegen fühlen sich bei einer Besichtigung wohler... Die einen sind Diskussionen gewöhnt, andere nicht.

Verschiedene Menschen melden sich gerne zu Wort, andere sind zurückhaltender. Manch einer, ist sich der Bedeutung seiner Meinung bewusst, andere müssen motiviert und überzeugt werden, dass auch ihre Einstellung gefragt ist...

Eine gute Beteiligung weiss die verschiedenen Menschen mit ihren verschiedenen Eigenarten gezielt einzubeziehen und ist spezifisch auf sie ausgerichtet.



Bedenken gegenüber der Bürgerbeteiligung?

Während die einen die Bürgerbeteiligung als „Must“ ansehen, sind andere skeptisch, was sie wirklich bringt. Auch wenn sich kaum einer ehrlich gegen Bürgerbeteiligung ausspricht, so gibt es doch so manche Bedenken. Auf einige der gängigeren Argumente sei im Folgenden eingegangen:

Bedenken 1: Es sind immer die gleichen, die sich zu Wort melden

Es wird immer Personen geben, die sich eher oder mehr äußern als andere. Ziel einer guten Bürgerbeteiligung muss sein, die Instrumente gezielt einzusetzen, die es erlauben jene BürgerInnen anzusprechen, die man besonders an diesem Prozess beteiligen will... und dann muss man diese ggf bewusst aufsuchen und ansprechen. Geeignete Moderationstechniken, aber auch verschiedene Formen der Beteiligung (z.B. nicht nur Versammlung, sondern auch z.B. Ortsbegehungen) können dies sicherstellen.

Bedenken 2: BürgerInnen setzen sich zu sehr für ihre Privat- statt für Allgemeininteressen ein

Dass sich BürgerInnen für ihre Interessen einsetzen, ist absolut legitim! Es ist sogar begrüßenswert, wenn Menschen sich für ihr Lebensumfeld einsetzen. Wichtig ist aber, dass bei der Entscheidung das Partikularinteresse nicht im Widerspruch zum Allgemeininteresse steht. Eine Bürgerbeteiligung ist dabei sogar ein sehr geeignetes Mittel, damit dank der Gruppendynamik eventuell problematische Eigeninteressen auch als solche identifiziert und eine Lösung im Sinne der Allgemeinheit gefunden wird... Außerdem sollte man BürgerInnen nicht unterschätzen...

Übrigens: in einem gut gestalteten Prozess werden die Eigeninteressen zudem offen benannt und verstecken sich nicht hinter Interessen in Bezug auf das Allgemeinwohl (z.B.: „keine Bebauung neben mir aus Naturschutzgründen“, wenn es darum geht, selbst nahe an der Grünzone wohnen zu wollen).

Bedenken 3: Bürgerbeteiligung schwächt die Rolle der gewählten Vertreter, auch des Gemeinderates

Sicherlich, es fließen mehr Meinungen in eine Entscheidung ein. Aber: stellt dies wirklich eine Schwächung der politisch Verantwortlichen dar? Eher nicht. Sie erhalten im Gegenzug eine höhere Legitimierung und ein Mehr an Wissen im Hinblick auf die politische Entscheidung, die ihnen in der Endphase weiterhin obliegt. Wenn man politische „Macht“ als reine Umsetzung seiner eigenen Überzeugung definiert, verlieren Politiker sicher an Möglichkeiten. Wenn man politische „Macht“ jedoch als Chance sieht, Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit und mit hoher Akzeptanz zu treffen, bringt Bürgerbeteiligung auch und gerade der Politik einen hohen Mehrwert. Denn man soll nie vergessen: Bürgerbeteiligung ist ein Instrument der Meinungsbildung - die Entscheidung liegt nach wie vor bei den gewählten VertreterInnen.

Bedenken 4: Die Bürger behaupten zwar, sie würden gerne beteiligt werden, dies stimmt aber in Wirklichkeit nicht

Nicht alle BürgerInnen interessieren sich für eine Beteiligung. Es dürften deren sogar weitaus mehr sein, als man vielleicht denkt. Nur: es gibt in Luxemburg keine wirkliche Beteiligungskultur. Diese muss konsequent auf- und ausgebaut werden. Dort wo Vertrauen geschaffen wird, dass das Mitwirken auch Ernst genommen wird, nimmt auch die Anzahl der engagierten BürgerInnen zu. Des Weiteren sprechen in der Tat die klassischen Informationswege (Bürgerversammlung) häufig immer die gleichen Personen an. Es gilt demnach geeignete Wege zu finden,

um unterschiedliche Bevölkerungskreise anzusprechen und die geeigneten Instrumente anzuwenden... und somit die Beteiligungschancen zu erhöhen (Stichwort „aufsuchende Beteiligung“). Und außerdem: eine begrenzte Anzahl an BürgerInnen einzubeziehen, ist immerhin besser als keine... Zumindest wurde den Menschen die Chance eingeräumt mitzuwirken. Das Argument „es wäre nicht mit den BürgerInnen gesprochen worden“, läuft dann ins Leere...

Bedenken 5: Die Fragestellungen sind heute zu komplex - sie überfordern die BürgerInnen

Auch komplizierte Sachverhalte lassen sich mit geeigneten Mitteln verständlich und nachvollziehbar aufbereiten. Darin muss eigentlich auch die Kunst eines guten Experten liegen... Im Übrigen: viele Probleme auf kommunaler Ebene (Nahversorgung, Mobilität, Siedlungsentwicklung...) sind in erster Linie grundsätzlicher und weniger technischer Natur. Viele sogenannte fachliche „Sachzwänge“ sind eher vorgeschobene Argumente, um von einer Grundfrage abzulenken.

Bedenken 6: Bürgerbeteiligung führt zu längeren Prozeduren

Streitigkeiten, Polemiken am Ende eines Planungsprozesses sind häufig weitaus aufwendiger, stressiger und weitaus weniger produktiv als eine Beteiligung. Sicherlich: Beteiligung kann aufwendig und anstrengend sein. Aber: sie ist weitaus spannender als Streitigkeiten in der Endphase! Beteiligung kann helfen zu vermeiden, dass falsche Planungswege eingeschlagen werden, durch Proteste Blockaden entstehen usw. mehr. Eine gut organisierte Beteiligung verkürzt durch eine höhere Akzeptanz und eine direkte Mitwirkung eher Planungszeiten.

Bedenken 7: Konflikte werden trotzdem nicht aus der Welt geschaffen

Sicher können unterschiedliche Wertanschauungen, Interessen und Standpunkte durch die Bürgerbeteiligung nicht gänzlich aus der Welt geschaffen werden. Jedoch: der Austausch von Argumenten - Sichtweisen und auch Zwängen erlaubt es die Perspektive des „Anderen“ einzunehmen, Verständnis dafür zu entwickeln und zumindest teilweise zu einem Konsens zu gelangen.

Bedenken 8: Investoren werden durch Bürgerbeteiligung „abgeschreckt“

Planer, Investoren brauchen Sicherheit und Akzeptanz für ein Projekt. Bürgerbeteiligung erhöht beides!



Es war einmal das Bild von zwei Lagern... hier die Gemeinde - dort die BürgerInnen! Auf der einen Seite die guten, auf der anderen Seite... Diese Sichtweise sollte der Vergangenheit angehören. Bürgerbeteiligung setzt auch gegenseitigen Respekt voraus, das Vertrauen, dass jeder es ehrlich meint... und die Offenheit sich verschiedene Standpunkte anzuhören. Und diese verschiedenen Sichtweisen sind selten zwischen Gemeinde und „der“ Bevölkerung... verschiedene Sichtweisen gibt es innerhalb der Gemeinden und der BürgerInnen. Das spannende ist ja gerade, diese auszutauschen... im Allgemeininteresse.



„Mitwirkung ist die wirkungsvollste, wenn auch langsame Weise, mit der zunehmenden Komplexität unserer Welt fertig zu werden.“ Aussage aus der Schweiz

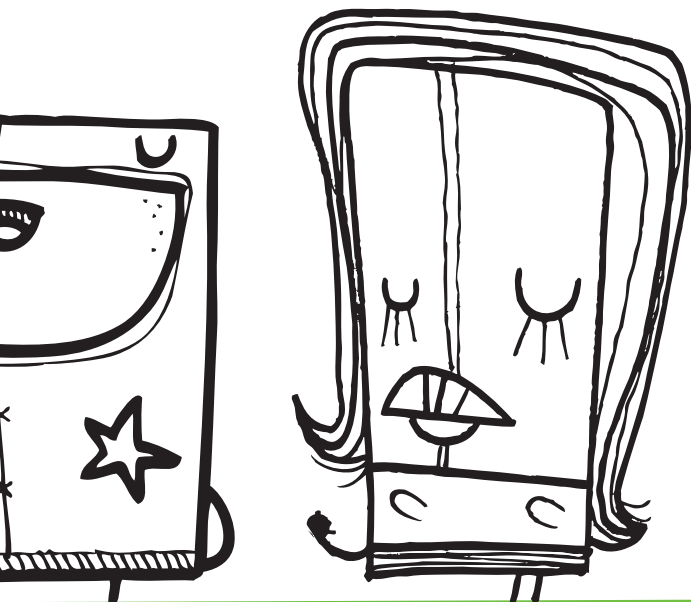
Die Kultur der Bürgerbeteiligung steckt in Luxemburg noch in den Kinderschuhen. Wir müssen sie erst erlernen. Fortbildungsangebote für PolitikerInnen könnten dazu beitragen, Hemmschwellen abzubauen und praxisnahe Wege für partizipative Methoden aufzuzeigen.

STICHWORT: AUFSUCHENDE

BÜRGERBETEILIGUNG

Häufig sind Organisatoren von Beteiligungsprozessen enttäuscht, wenn nicht ausreichend Leute kommen... Aber: wenn einem die Meinung von BürgerInnen wirklich wichtig ist, so muss man diese ggf. aufsuchen bzw. Wege und Mittel finden, um sie zu motivieren. Es kann z.B. gut sein, dass der Historiker der Gemeinde nicht gerne zu einer Infoversammlung kommt. Ist er aber wichtig für das Verständnis der Siedlungsentwicklung, dann sollte mit ihm ein Schlüsselgespräch geführt werden.

Oder: die Bevölkerung eines Viertels kommt kaum zu Infoveranstaltungen in der Gemeinde. Warum nicht zu ihr in das Viertel hineingehen, ggf. dortige Vereine ansprechen und z.B. eine Führung mit Diskussion durch das Viertel mit diesen organisieren?



Grenzen der Bürgerbeteiligung

Man sollte die Welt nicht durch die bekannte „rosarote Brille“ sehen: nicht immer ist Bürgerbeteiligung angebracht, nicht immer bringt sie einen Mehrwert...

Nicht immer ist eine Beteiligung sinnvoll: Es kann z.B. sein, dass eine Entscheidung ansteht, die kaum BürgerInnen interessieren dürfte. Beteiligung ist kein Selbstzweck, sie soll nur dann erfolgen, wenn man sich wirklich einen Gewinn, einen Mehrwert - welcher Art auch immer - erwarten kann.

Es wird immer Meinungsdivergenzen geben: Vorurteile und Vorbehalte können, wie bereits mehrfach angeführt, abgebaut, unterschiedliche Standpunkte ausgetauscht werden u.a.m. Aber: es wird immer auch gegensätzliche Standpunkte geben, es werden auch immer Eigeninteressen mitspielen... Schlussendlich ist es an der Politik, die Entscheidung zu treffen, jedoch auf einer anderen Grundlage als ohne Beteiligungsprozess.

Es können nie alle eingebunden werden: So manch einer hat schlichtweg keine Zeit oder keine Lust mitzuwirken. Auch gut. Das ist sein Recht! Deshalb ist es wichtig von vorneherein zu regeln, wer eingebunden werden soll.

DAS „BETEILIGUNGSPARADOXON“

Verschiedene Verantwortliche kennen das... Ein Plan liegt aus, BürgerInnen können ihn einsehen... kaum einer kommt. Der Plan kommt in die Umsetzung, verschiedene EinwohnerInnen gehen auf die Barrikaden.

Schlechter Wille? Nein.

Es ist normal, dass das Interesse der BürgerInnen eher dann geweckt ist, wenn es konkret, praktisch wird und BürgerInnen den Eindruck haben, jetzt würde es „Ernst“... wobei ihre Einmischung doch eher zu Beginn der Planung notwendig gewesen wäre. Gute Beteiligungsformen brechen diesen Widerspruch... Beispiel: der Plan wird nicht nur ausgelegt, sondern: es werden gezielt Beteiligungsformen gesucht, damit die BürgerInnen sich betroffen fühlen und eine reelle Beteiligung erfolgt.

BETEILIGUNG ...

EIN KOMPLEXER... PROZESS

Man soll sich auch nichts vormachen: Beteiligung ist mühsam... Sie ist nicht immer leicht – und geht nicht immer glatt: Einige Herausforderungen:

- Die **Politik** muss gewonnen und „mitgenommen“ werden;
- Die **Verwaltung** besonders in Städten spricht manchmal mit vielen Stimmen und benötigt oft sehr lange Entscheidungsgänge, um mit dem Prozess Schritt zu halten;
- Viele **Fachleute** sind es (noch) nicht gewohnt, ihr Fachwissen verständlich und überzeugend zu vermitteln oder sich kritischen Laien-Fragen zu stellen;
- Manche BürgerInnen und Bürger haben den Anspruch, ihre Anregungen 1:1 übernommen zu sehen und akzeptieren andere Ansichten nicht.

Und doch: es lohnt sich! (*)



„Bürgerbeteiligung macht alles nur noch komplizierter – aber es gibt keine Alternative!“ (ein Verwaltungsmitarbeiter)

„Bürgerbeteiligung macht alles einfacher - wenn man sie nur richtig und ausdauernd praktiziert“ (eine Verwaltungsmitarbeiterin)

Vielfalt der Beteiligungsformen nutzen

Es bieten sich sehr unterschiedliche Instrumente der Bürgerbeteiligung an, die weit über eine einzelne „Informationsversammlung“ hinausgehen. Wenn die grundsätzlichen Fragen geklärt sind, warum und wen man beteiligen will, finden sich auch die geeigneten Techniken dazu.

Im Folgenden seien einige der gängigeren Formen dargelegt, exemplarisch für andere. Bitte beachten: die Reihenfolge der eingesetzten Instrumente ist wichtig! Z.B. kann eine Auftaktveranstaltung für die Motivierung von Bürgerinnen zur Teilnahme am Prozess wichtig sein...

Empfehlenswert ist, ein gewisses Mix an Instrumenten einzusetzen, das auch die Zugänge unterschiedlicher Bevölkerungskreise erleichtert (z.B. von Jugendlichen, älteren Menschen, anderssprachigen BürgerInnen).

Die Basis: Eine gute Information via Internet, Pressearbeit, „Gemeengebuett“...

Es versteht sich von selbst, dass eine gute Informationsarbeit das A und O ist. Auch hier gilt es die Vielfalt der Mittel zu nutzen, z.B.:

- Eine Information mittels Internet ist elementar. Dabei sollte u.a. kontinuierlich über die Fortentwicklung des Prozesses informiert und alle Basisdaten veröffentlicht werden – natürlich sollte eine derartige Seite in Luxemburg auch mehrsprachig sein;
- aber auch eine regelmäßige Berichterstattung via Presse, Gemeengebuett, ggf. in Mitgliedszeitschriften von lokalen Vereinen... sollte gewährleistet werden.

Veranstaltungen rund um das Thema / „Events“

Veranstaltungen z.B. rund um das Thema „Eis Gemeng a 15 - 20 Joer“, wo in einem kulturellen Rahmen über das Projekt informiert bzw. zwanglos gesprochen werden kann, stellen einen anderen Zugang zum Thema dar. Über diesen Weg können verschiedenste Bevölkerungsteile angesprochen werden. Derartige Veranstaltungen können z.B. zum Beginn eines Prozesses stattfinden (um somit auch „Stimmung“ für ein Projekt zu machen und ggf. das Interesse an einer Beteiligung zu erhöhen). Dieses Instrument erlaubt vielleicht keinen strukturierten Austausch, allerdings ein Begegnen von vielen Menschen sowie einen weniger zielorientierten Zugang zum Thema.

Interviews mit Schlüsselpersonen, Organisationen, Interessenvertretungen...

Äußerst bereichernd kann es auch sein, mit Schlüsselpersonen Einzelgespräche oder Gruppengespräche zu führen. Je nach Projekt gibt es immer Menschen, die sich aufgrund ihres Berufs, ihrer Bildung, ihrer Rolle in der Gemeinde, ihres Hobbys ... besonders gut auskennen.

Das Gleiche gilt für Vereinigungen / Interessenvertretungen: Einzelgespräche können aufschlussreich für das Projekt sein, weil sie unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen.

Hierunter fallen - je nach Thema - sowohl Jugendorganisationen, wie auch Vertretungen von Landwirten, Akteure aus dem Gaststättengewerbe, Tourismus, Umwelt...

Dieses Instrument birgt den Vorteil eine gewisse Tiefenschärfe zu gewährleisten sowie verschiedene Standpunkte kennenzulernen. Allerdings ist der Austausch zwischen den Akteuren nicht gewährleistet. Entsprechend ist eine gute Dokumentation notwendig und das Einbringen der gewonnenen Erkenntnisse in einen breiteren Diskussionsprozess. Man kann derartige Interviews übrigens auch in Kurzform gestalten: Warum nicht bei einem Mobilitätskonzept Personen, welche an einer Bushaltestelle stehen, kurz über ihre Verbesserungswünsche am öffentlichen Transport befragen?

„Workshops“

„Workshops“ sind Veranstaltungen, bei denen sich kleinere Gruppen mit begrenzter Zeitdauer intensiv mit einem Thema auseinandersetzen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der gemeinsamen Arbeit an einem gemeinsamen Ziel, wobei „Fachleute“ und BürgerInnen zu diesen Workshops eingeladen werden und ihre Sichtweisen darlegen sollen.

Es ist wichtig, dass - neben der notwendigen Information - vor allem auch die Möglichkeit zu einer reellen ggf. kontradiktorischen Diskussion gegeben ist. Dies kann durch eine vom Projekt unabhängige Moderation gefördert werden.

Dabei sollte man bei Workshops nicht nur abstraktere Belange (z.B. „kommunales Energiekonzept“), sondern auch ganz konkrete Aspekte einbeziehen (z.B. „Welche Gestaltung von öffentlichen Plätzen in der Gemeinde“).

Auch hier gilt es zu versuchen durch attraktiv aufgemachte Einladungen, gezieltes Ansprechen von Personen und Gruppen..., vielleicht auch solche BürgerInnen zum Mitmachen zu gewinnen, die ansonsten nicht gewohnt sind, an Arbeits-sitzungen teilzunehmen.

Es versteht sich wie immer von selbst, dass die Dokumentation von besonderer Relevanz ist.

Fachforen zu Schlüsselfragen

Bürgerbeteiligung heisst auch, Fachpersonen einen Stellenwert einzuräumen... Deshalb spricht vieles dafür, zu zentralen Fragen auch Fachforen zu organisieren, in denen sich Fachleute austauschen, z.B. über kulturhistorisch schützenswerte Areale, die Mobilitätssituation einer Gemeinde u.a.m.

Ortsbegehungen / Stadtteilsparziergänge

Ortsbegehungen, im Kontext mit einem bestimmten Projekt, erlauben es unterschiedliche Bevölkerungskreise anzusprechen und Projektansätze oder Probleme in einem räumlichen Zusammenhang zu sehen. Dieser „kontextorientierte“ Ansatz erleichtert vielfach die Mitsprache, weil man sich „vor Ort“ anschaulicher und dadurch auch motivierender mit einer Sache auseinander setzen kann. Zudem können hier auch das Wissen, die Ängste, die Vorstellungen von Anwohnern sehr konkret eingebracht werden.

Umfragen

Umfragen bieten die Möglichkeit ein Gefühl für die Einschätzung der BürgerInnen zu erhalten und z.B. zentrale Anliegen herauszukristallisieren. Insofern können sie eine interessante Basis darstellen. Allerdings geben sie immer nur Einschätzungen wieder. Eine reelle Bürgerbeteiligung braucht darauf aufbauend einen reellen Austausch über Sichtweisen, Prioritäten und mögliche Zukunftsorientierungen.

Bürgerwettbewerb

Der Bürgerwettbewerb ist ein Instrument zur Sammlung einer Vielfalt an Ideen. Er sollte aber eher in Zusammensetzung mit anderen Instrumenten, die ebenfalls einen Austausch ermöglichen, eingesetzt werden. Auch sollte große Sorgfalt auf die Wertung der eingebrachten Anregungen gelegt werden. Dies muss transparent und offen erfolgen: warum nicht auch aus einem runden Tisch bestehend aus BürgerInnen?

Zukunftskonferenz

Diese Form ist eher aufwendiger; sie kann sowohl vom Anspruch her abschrecken, als auch BürgerInnen und Zielgruppen motivieren, da sie doch recht umfassend ist. Zentral ist bei der Zukunftskonferenz, in der Visionen für eine Gemeinde z.B. entwickelt werden, dass es nicht beim generellen Wunschdenken bleibt und auch ggf. Konflikte / verschiedene Sichtweisen offen besprochen werden.

UMGANG MIT

VERSCHIEDENEN MEINUNGEN:

VOM PERSPEKTIVENWECHSEL ZUM GEGENSEITIGEN VERSTÄNDNIS

Bürgerbeteiligung darf nicht so strukturiert sein, dass BürgerInnen lediglich die Möglichkeit haben ihre Wünsche, ihre Sichtweise darzulegen. Eine gut strukturierte Bürgerbeteiligung muss auch ein Auseinandersetzen mit den Überzeugungen Anderer beinhalten, denn es wird immer verbleibende unterschiedliche Standpunkte geben.

Die Beteiligung ist ein Instrument, um über den Austausch, das Hören anderer Meinungen, auch das Erhalten neuer Anregungen... aufeinander zu zu gehen und ggf. auch schlichtweg seine Sichtweise zu überdenken. Insofern soll bei den verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung immer Sorge dafür getragen werden, dass

- nicht nur einzelne Meinungen geäußert werden, sondern auch über unterschiedliche Überzeugungen diskutiert und - sofern möglich - ein Konsens erreicht wird, oder aber zumindest in aller Sachlichkeit die Pro und Contra Argumente der verschiedenen Meinungen dargelegt werden;
- regelmäßig Rückkoppelungen erfolgen und offensiv kommuniziert wird. Was sind die Resultate z.B. der Gespräche mit Schlüsselpersonen? Wie können Sie in Arbeitsgruppen einfließen?

DIE ROLLE DES GEMEINDERATES SOWIE DER BERATENDEN KOMMISSIONEN

Natürlich stellt sich die Frage, wie die Einbindung sowohl des Gemeinderates bzw. der beratenden Kommissionen in Zusammenhang mit einem Beteiligungsprozess erfolgen kann.

Es versteht sich von selbst, dass der Gemeinderat immer das oberste Entscheidungsgremium bleibt, das letztendlich die Entscheidung trifft. Was die Mitwirkungsmöglichkeiten betrifft, so sollte nach Ansicht des Mouvement Ecologique zweierlei gewährleistet sein: Einerseits sollte im Gemeinderat regelmäßig über den Bürgerbeteiligungsprozess berichtet, und - falls notwendig - auch über zentrale Fragestellungen und die weitere Orientierung des Prozesses entschieden werden. Andererseits sind Gemeinderäte BürgerInnen wie andere auch: sie sollten ebenso an Arbeitsgruppen usw. teilnehmen können, wie andere (jedoch nicht moderieren).

Ähnliches gilt für die beratenden Kommissionen: sie sollten gemeinsam mit den Gemeindeverantwortlichen entscheiden, ob eine separate Durchsicht des Dossiers im Rahmen der Kommission oder eine wie auch immer gearbete Beteiligung am Prozess in welcher Phase sinnvoll ist.



Es gibt eine schier unübersehbare Vielzahl von Kommunikationsformen. Die Kunst besteht darin, sie passend zu Inhalten und Aufgaben auszuwählen ... und in eine längere Kommunikationsstrategie nachhaltig einzubinden (Keine „Strohfeuer“ oder „Feuerwerke“)

Es gibt viele Praxisbeispiele und Erfahrungen mit der Anwendung dieser Kommunikationsformen. Aber kein „Modell“ lässt sich einfach „umtopfen“. Es müssen vor Ort die passenden Lösungen entwickelt werden. Erfahrungen andernorts können dazu wichtige Impulse geben. ()*

Und wenn die Zeitplanung nicht eingehalten werden kann?

Zentral ist, wie angeführt, ein Zeitplan der Beteiligung. Aber: nicht immer ist er einzuhalten. Z.B. soll für eine Sitzung ein Hintergrundpapier vorliegen, dessen Erstellung sich verzögert. Das mag nicht gerade optimal sein, aber trotzdem muss man flexibel mit dem Zeitplan umgehen können. Jedoch: Verzögerungen müssen erklärt werden! Und: der überarbeitete Zeitplan muss umgehend vorgelegt werden. Ein Prozess darf nicht zeitlich „verlaufen“...

KAPITEL 2

Flächennutzungsplan: (PAG): Statt „end of pipe“: BürgerInnen frühestmöglich einbinden!

Leider schreibt das heutige Gesetz („*Loi du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain*“) keine wirkliche Bürgerbeteiligung bei der Erstellung des Flächennutzungsplanes vor. Im Gegenteil: es legt lediglich fest, dass die BürgerInnen gegen den von der Gemeinde fertiggestellten PAG Einspruch erheben können. Dies stellt keine reelle Mitwirkungsmöglichkeit dar, sondern reduziert den Bürger auf „Reklamanten“.

Aber: kein Gesetz und keine staatliche Vorgabe hindert die Gemeinde daran, die BürgerInnen - über die gesetzlichen Minima hinaus - frühestmöglich in die Erstellung des PAG einzubeziehen und ihnen eine reelle Mitwirkung zuzugestehen!

Eine breitere Beteiligung an der Erstellung ist aus vielfacher Hinsicht sinnvoll. Denn: Kaum ein Projekt prägt das Leben in einer Gemeinde so sehr, wie der kommunale Flächennutzungsplan (PAG). In ihm wird geregelt wo gebaut wird und wo nicht; wie gebaut wird; wo öffentliche Plätze / Grünräume - wo Fuß- und Radwege angelegt oder aber wie die Straßengestaltung erfolgen soll, wie die Verbindung von Arbeit / Freizeit / Einkaufen / Wohnen geregelt wird (wo sind Mischzonen vorgesehen, wo reine Wohngebiete...) u.a.m. Insofern führt der Begriff „Flächennutzung“ etwas in die Irre: der Flächennutzungsplan stellt letztlich den rechtlich verbindlichen Rahmen für die Entwicklung und das Leben in der Gemeinde dar.

Deshalb sind die Erstellung und die Abänderung dieses Planes das optimale Mittel schlechthin, um die Gemeinde gemeinsam mit den BürgerInnen (fort) zu entwickeln. Was hier falsch, nicht oder gut geregelt wird, prägt die Entwicklung einer Gemeinde auf Jahre, ja Jahrzehnte. Nicht zuletzt auch, da der Flächennutzungsplan ebenfalls juristische Verbindlichkeiten für die Gemeinde gegenüber Dritten festlegt.

Deshalb sei Im Folgenden dargelegt, wie aus der Sicht des Mouvement Ecologique bei der Erstellung des PAG eine Einbindung auf recht optimale Art und Weise erfolgen kann. Es ist gewusst, dass dies einen recht hohen organisatorischen Anspruch an die Gemeinde darstellt. Jedoch: die Bedeutung des PAG ist derart hoch, dass dieser sich lohnt. Und wie bereits erwähnt, kann die Beteiligung an der Erstellung des PAG auch helfen, u.a. Zeit und Ressourcen durch Vermeiden von Polarisierungen einzusparen. An jeder Gemeinde zu entscheiden, welche Form - welche Breite - der Beteiligung für sie sinnvoll und auch noch machbar ist.

Ziel muss dabei sein, wie es die Gemeinde Bamberg (Deutschland) definiert: „Die Gemeinde entwickelt in einem breiten Beteiligungsprozess mit der Öffentlichkeit, den Betroffenen und lokalen Akteuren die Leitlinien des Gesamtkonzeptes und stimmt dieses mit anderen öffentlichen Aufgabenträgern ab“... „ein Beteiligungsverfahren zu wählen, das eine optimale Zusammenarbeit ermöglicht und eine erfolgreiche Umsetzung absichert.“

Nachfolgende Vorschläge gelten für die Erstellung eines PAG. Aber: in entsprechend angepasster Form treffen sie natürlich auch zu auf die Erstellung von PAP's („*plan d'aménagements particuliers*“), die Gestaltung öffentlicher Plätze, die Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes u.a..

Zukunftsvorstellungen festlegen und auch räumlich verankern - die Ziele des PAG

Artikel 2 des Gesetzes benennt die Ziele des PAG: die Gewährleistung von guten Lebensbedingungen in der Gemeinde sowie deren nachhaltige Entwicklung z.B. auf der Ebene der rationellen Nutzung des Bodens, der Sicherstellung einer harmonischen Entwicklung, einer rationellen Energienutzung, der Gewährleistung einer gewissen Durchmischung, des Respektes des kulturellen Patrimoniums, der Gewährleistung eines hohen Schutzes der natürlichen Umwelt und Landschaft u.a.m.

Um diese Ziele zu gewährleisten, werden im PAG, laut Artikel 6, wichtige Funktionen räumlich festgeschrieben (Wohnen – Arbeiten – Freizeit – Versorgen ...): *„Le plan d'aménagement général a pour objectif la répartition et l'implantation judicieuse des activités humaines dans les diverses zones qu'il arrête aux fins de garantir le développement durable de la commune sur base des objectifs définis par l'article 2 de la loi“.*

Der PAG ist somit weitaus mehr als eine reine „Einteilung“ des

Gemeindeterritoriums in verschiedene räumlich Zonen (z.B. Wohngebiet) und eine Festlegung der jeweiligen Nutzungsbedingungen (z.B. Baudichte). Grundlage für den Plan selbst sind letztlich die Zukunftsvorstellungen, welche die Gemeinde von der weiteren Entwicklung ihrer Ortschaften hat... und in welchem Zeitrahmen diese umgesetzt werden sollen (auch diese Möglichkeit sieht das Gesetz vor).

Artikel 9 des Gesetzes besagt, dass der PAG aus einem schriftlichem und einem graphischen Teil bestehen muss.

Alle 6 Jahre muss der PAG - ebenfalls gemäß Artikel 9 - überarbeitet werden, außer der Gemeinderat entscheidet *„par une délibération dûment motivée, sur base d'un rapport présenté par le collège des bourgmestre et échevins suite à un examen approfondi de la situation existante par une personne qualifiée au sens de la présente loi“*, dass dies nicht notwendig sei. Diese Entscheidung muss dem Innenminister zur Genehmigung vorgelegt werden.

Anregungen für einen zielorientierten Beteiligungsprozess im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben

Es gibt aus Sicht des Mouvement Ecologique zwei zentrale Momente der Erstellung des PAG, die aus der Sicht der Bürgerbeteiligung von herausragender Bedeutung sind:

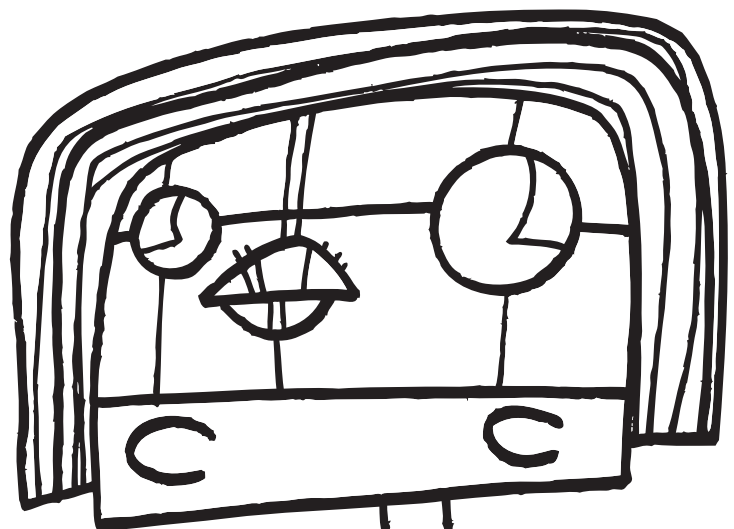
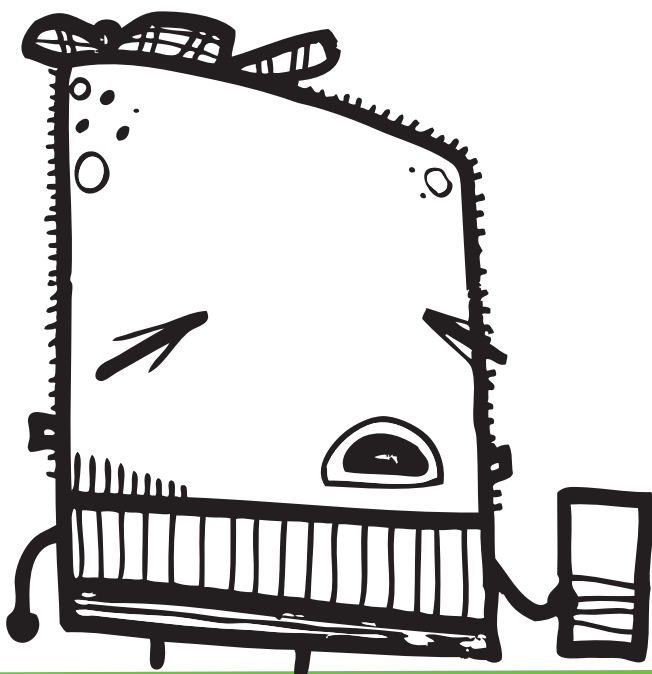
- die Erstellung und Diskussion der vorbereitenden Studie, der sogenannten *„étude préparatoire“* stellt ohne Zweifel den wichtigsten Ansatz dar;
- die gesetzlich vorgeschriebene Vorstellung - im Rahmen einer öffentlichen Prozedur – sowohl des PAG-Entwurfes wie auch der Umweltverträglichkeitsstudie des PAG stellt eine weitere Möglichkeit dar.

Im Folgenden sei eine nach Ansicht des Mouvement Ecologique recht optimale Erstellung eines PAG dargelegt:

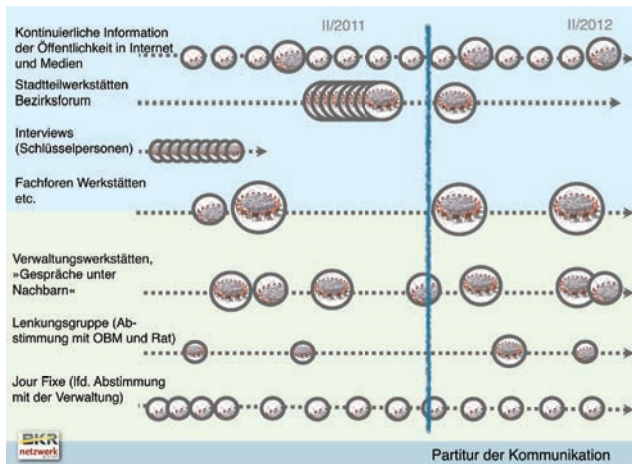
Phase 1: Rahmen für die Bürgerbeteiligung abstecken

Basis des Prozesses sollte eine politische Erklärung des Gemeinderates (*„déclaration d'intention“*) sein, die in aller Ausdrücklichkeit noch einmal den Willen bekundet, die BürgerInnen im Rahmen der Erstellung des PAG einzubinden. Dabei sollten auch folgende Instrumente festgelegt werden:

- **Instrumente und Zeitplan transparent festhalten:** Ein klarer Zeithorizont ist notwendig. Z.B.: Wann soll die Erstellung der Fakten der *„étude préparatoire“* abgeschlossen sein, wann wird welches Instrument der Beteiligung eingesetzt, wann sollen evtl. Zwischenresultate veröffentlicht werden u.a.m.



- **Moderationsbüro / Expertenbüro für Beteiligungsprozesse einbeziehen:** Wichtig sind zwei Elemente: Begleitung durch ein Fachbüro, das Know-How in Bürgerbeteiligungsprozessen hat, sowie eine gute Moderation. Diese kann, muss aber nicht unbedingt vom Büro das verantwortlich steht für die Konzeption und generelle Begleitung des Beteiligungsprozesses übernommen werden. Sie sollte wenn nur möglich nicht vom zuständigen Planungsbüro wahrgenommen werden.



Beispiel einer zeitlich geplanten Beteiligung unter Anwendung verschiedener Beteiligungsformen

- **Begleitgruppe festlegen:** Es versteht sich von selbst, dass eine Gruppe von Verantwortlichen den Prozess kontinuierlich begleiten / steuern sollte.
- **Möglichkeiten der Gemeinde abstecken:** Art und Weise der Beteiligung sollte selbstverständlich den Möglichkeiten der Gemeinde angepasst sein.
- **Offenheit – Was will die Gemeinde?** Auch macht es keinen Sinn, sich selbst oder den BürgerInnen etwas vorzumachen. Primär soll die Gemeinde klären: Warum will sie beteiligen? Wie offen ist der Prozess? Und wer soll wirklich beteiligt werden?
- **Zeitplan festlegen:** Ein überschaubarer Zeitplan der Beteiligung sollte vorsehen, wann welche Beteiligungsform angewandt werden soll.

Phase 2: Eine gute Information - auch mittels Internet - als Rahmen für den gesamten Prozess

Begleitend für den gesamten Prozess sollte eine spezifische Rubrik auf der Internetseite der Gemeinde eingeführt werden, in der die BürgerInnen über alle zentralen Fakten und Entwicklungen der Erstellung des PAG regelmäßig informiert werden. Das bedeutet, dass diese Rubrik u.a. folgende Informationen enthalten soll:

- ein Resümee der gesetzlichen Prozedur
- den geplanten Zeitablauf der Erstellung des PAG
- Basisdaten zur Entwicklung der Gemeinde und mögliche Zukunftsszenarien (entsprechend der „étude préparatoire“)
- Berichte von Sitzungen
- ggf. Zusammensetzung von Arbeitsgruppen...

Phase 3: Auftaktveranstaltung organisieren

Häufig beginnen in der Gemeinde wenn die Arbeiten zum PAG anlaufen, bereits Diskussionen hinter vorgehaltener Hand. Es wäre deshalb empfehlenswert, wenn die Gemeinde zu Beginn des Prozesses eine Auftaktveranstaltung organisieren und dort die BürgerInnen über die Herausforderungen, den Prozess, die eingesetzten Instrumente, die Homepage, den Zeitplan usw informieren würde... So schafft sie Stimmung „Wéi stelle mer eis Gemeng an Zukunft fir?“ und erhöht sonder Zweifel auch das Interesse an einer Mitarbeit. Eine solche Vorgehensweise kann sehr wohl dazu beitragen – bei aller Legitimität von Einzelinteressen – das notwendige Primat des Allgemeininteresses bei der kommunalen Zukunftsgestaltung in den Vordergrund zu stellen.

Und: eine derartige Auftaktveranstaltung muss ja nicht „dröge“ sein. Warum nicht im Rahmen eines Festes, Konzertes – organisiert wenn möglich gemeinsam mit Vereinen - den Auftakt für die Erstellung des PAGs machen? Sinnvoll ist auch ein „lockeres“ Motto, wie Sie z.B. „Eis Gemeng an 10 – 15 Joer“

Phase 4: BürgerInnen im Rahmen der „étude préparatoire“ einbinden: vom Faktencheck zu möglichen Entwicklungsszenarien

Als Grundlage für die Erstellung des PAG dient gemäß Gesetz die sog. „étude préparatoire“, die obligatorisch zu Beginn der Arbeiten zum PAG angefertigt werden muss. Inhalt und Ziel der „étude préparatoire“ werden dabei vom Gesetz im Detail vorgegeben. Neben der Analyse der aktuellen Situation der Gemeinde in den verschiedensten Bereichen, werden in dieser „vorbereitenden Studie“ kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungsoptionen erstellt und auf ihre jeweiligen Auswirkungen hin untersucht. Folgende 4 Aspekte müssen gemäß Gesetz in der Studie behandelt werden:

- **eine Analyse der heutigen Situation:** Erfassung der Gebäude, der (öffentlichen) Infrastrukturen, der naturräumlichen Elemente, der „sozio-ökonomischen“ Daten, von Natur und Umwelt, der öffentlichen Infrastrukturen, der Mobilitätssituation, der Lärmbelastung u.a.m.;
- **die Erstellung einer kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsstrategie für die Gemeinde,** aufbauend auf dem nationalen und regionalen Kontext der Landesplanung und den Entwicklungsoptionen einer Gemeinde;
- **die Erarbeitung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung dieser Strategie** sowie
- **die Erstellung von „schémas directeurs“** für die Zonen, die als „nouveau quartier“ ausgewiesen werden (so wie in Artikel 25 des Gesetzes definiert).

Die „étude préparatoire“ und im Besonderen die darin erarbeiteten Entwicklungsszenarien sind demnach **im Vorfeld** der Erstellung des PAG das zentrale Element um BürgerInnen einzubinden. Sie stellt **DIE** ideale Grundlage für eine frühzeitige Bürgerinformation und -beteiligung dar, die auf einer größtmöglichen objektiven Grundlage und im Rahmen der erarbeiteten Szenarien relativ ergebnisoffene Diskussionen ermöglicht.

Es ist somit geradezu ein politisches MUST die BürgerInnen in dieser Phase an der Diskussion dieser Schlüsselfragen zu beteiligen. Denn Bürgerbeteiligung macht gerade zu diesem Zeitpunkt Sinn: wo noch nicht im Detail über die Nutzung einer einzelnen Zone gesprochen wird, sondern generell analysiert wird, in welchen Bereichen BürgerInnen sich Verbesserungen, Veränderungen bzw. Entwicklungen wünschen:

- Wie sehen die BürgerInnen die Entwicklung der Grundfunktionen in ihrer Gemeinde: Arbeiten – Wohnen – Sich versorgen – Sich erholen?
- Welches Anwachsen der Gemeinde sowie der verschiedenen Ortsteile wird als sinnvoll angesehen?
- Welche weiteren öffentlichen Infrastrukturen, Grünflächen... wären sinnvoll und wünschenswert?
- In welchen Bereichen ist eine Verbesserung der Lebensqualität notwendig?

Hier wird demnach - losgelöst z.B. auch von der Frage, wie welche Parzellen im neuen PAG klassiert oder umklassiert werden sollen - aufgrund von konkreten Fakten über die Einschätzung der aktuellen Situation in der Gemeinde sowie über die Zukunftsperspektiven in den zentralen Bereichen diskutiert.

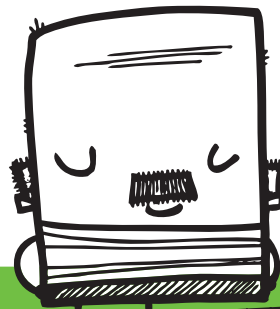
PAG UND DORFENTWICKLUNGSPLAN

In einer Reihe ländlicher Gemeinden wird – mit finanzieller Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums, im Rahmen des geltenden „Programme de développement rural – PDR (2007 – 2013), ein kommunaler Entwicklungsplan (plan de développement communal – PCD) ausgearbeitet bzw. aktualisiert, der in die „étude préparatoire“ einfließen soll. In der Regel wird dieser Entwicklungsplan u.a. im Rahmen von Beteiligungsformen (Arbeitsgruppen) erstellt. Unklar ist derzeit, in wiefern der nächste Plan der ländlichen Entwicklung diese Möglichkeit weiterhin bietet.

Anwendung gängiger Beteiligungsformen in Zusammenhang mit dem PAG

Eine Reihe der bereits im ersten Teil der Broschüre angesprochenen Formen der Bürgerbeteiligung kann in Zusammenhang mit der „étude préparatoire“ zur Anwendung gelangen. Sie seien an dieser Stelle deshalb nicht mehr im Detail wiedergegeben. Wie bereits mehrfach hervorgehoben ergibt sich die Beteiligungstechnik, wenn vorher geregelt wurde, warum und wen man wozu beteiligen will:

- **Umfrage:** Als Basis kann eine generelle Umfrage bei der Bevölkerung dienen. Da diese jedoch keine direkte Interaktion erlaubt und die Resultate doch normalerweise weniger ergiebig sind, sollten die dafür notwendige Arbeit sowie die Finanzmittel vielleicht eher in reelle partizipative Elemente investiert werden.
- **Interviews mit Schlüsselpersonen:** Einzelgespräche mit Historikern, Menschen aus dem sozialen Bereich, Verantwortliche der „maisons relais“, dem Leiter des Jugendhauses, Verantwortlichen von Betrieben... ermöglichen, deren spezifisches Wissen und Anregungen für die Entwicklung der Gemeinde einfließen zu lassen. Gezielte Gespräche mit Organisationen, Berufsvertretungen und anderen Akteuren der Gemeinde oder der Region: Es



WANN UND WIE DIE BÜRGERINNEN IM RAHMEN DER „ÉTUDE PRÉPARATOIRE“ SELBST EINBINDEN?

Für den Mouvement Ecologique ist es logisch, dass zuerst die Fakten, die für die „étude préparatoire“ erstellt werden müssen, auf dem Tisch liegen und auch ansprechend aufbereitet werden sollen (aktuelle Situation der Gemeinde bzw. die Entwicklungstrends, mögliche Ursachen und Zusammenhänge...). Gerade dies ist auch die Arbeit der von der Gemeinde beauftragten Experten: Ein guter Sachbearbeiter weiss die Zusammenhänge und komplexe Phänomene gut darzustellen.

Alsdann obliegt es der Gemeinde zu entscheiden, ob

- sie die BürgerInnen bereits in die Entwicklungsphase der kurz- mittel- und langfristigen Entwicklungsoptionen einbinden möchte,
- oder „erst“ in die Debatte über die Auswahl der zurück zu behaltenden Entwicklungsoption(en).

Die erste Variante ist natürlich anspruchsvoller, erfüllt jedoch die Ansprüche einer zeitgemäßen optimalen Bürgerbeteiligung. Die zweite Variante stellt nach Ansicht des Mouvement Ecologique eine Mindestanforderung dar, um überhaupt von Bürgerbeteiligung im Rahmen des PAG reden zu können.

können Einzelgespräche mit den aktiven Organisationen / Strukturen der Gemeinde oder sogar ggf Region geführt werden, um ihre Einschätzung der Stärken und Schwächen, Entwicklungsperspektiven zu ergründen. In Frage kommen z.B. der lokale Interessenverein, Jugendorganisationen, landwirtschaftliche Vertreter, Akteure aus dem Gaststättengewerbe, Tourismus, Umwelt...

- **Ortsbegehungen / Stadtviertelbesichtigungen:** Gerade Ortsbegehungen sind ein besonders interessantes Instrument! So kann man vor Ort anschaulich über die Gestaltung, Ausrichtung eines Viertels / einer Ortschaft oder ggf einer ganzen Gemeinde diskutieren. Wichtig: hieran beteiligen sich häufig andere Bevölkerungskreise als an Sitzungen...! Einladungen an die BürgerInnen sollten deshalb auch ansprechend gestaltet sein und gerade auf diese „etwas andere Form“ des Austauschs hinweisen. In derart auch moderierten Spaziergängen, kann ein Viertel / Orts- teil / Gemeinde „unter die Lupe“ genommen werden. Sei es generell oder aus einem bestimmten Blickwinkel (z.B. Organisation der Mobilität).
- **Organisation von „Workshops“:** Ein Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen, der über die Sammlung von Anre-

gungen Einzelner oder Gruppen hinausgeht und deshalb ein Must ist, ist die Organisation von Workshops. Hierzu sollten alle BürgerInnen eingeladen werden, wobei die Form – der Aufbau der Einladung natürlich besonders ansprechend sein sollte. Dabei sollten gezielt auch BürgerInnen verschiedener Bevölkerungskreise eingeladen werden, z.B. der verschiedenen Generationen, Nationalitäten u.a.m. Die Gemeinde sollte diese BürgerInnen gezielt ansprechen, damit der Querschnitt der Gruppen auch repräsentativ ist. Dies kann natürlich auch über die Themenauswahl erfolgen:

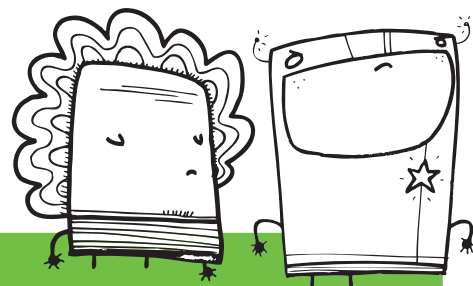
- Wie die Gemeinde attraktiver für Jugendliche gestalten?
- Wohnen und Leben für ältere Personen erleichtern u.a.m...

Damit ein breitestmögliches Interesse besteht, könnten auch Vereinigungen gebeten werden ihre Mitglieder einzuladen.

- **Fachforen zu Schlüsselfragen der kommunalen / regionalen Entwicklung:** Fachforen zu besonders wichtigen Themen der Entwicklung der Gemeinde z.B. Tourismus können einen weiteren wichtigen Beitrag leisten. Dabei ist es ein Must, dass sowohl die ansässigen Organisationen anwe-

send sind, aber auch Akteure, die vielleicht nicht Mitglied in einer Vereinigung sind, sich aber generell für das Thema interessieren, über spezifisches Wissen verfügen usw.

- **„Workshop“ für VertreterInnen der Gemeindedienste:** Auch die Beamten und Techniker der Gemeinde (besonders in größeren Gemeinden) haben sicherlich ihre Anregungen zu geben. Deshalb sollten zumindest auch 1-2 Sitzungen mit dem Gemeindepersonal veranschlagt werden, in denen auch sie ihre Anregungen einbringen können.
- **Einbeziehen der beratenden Kommissionen:** Wie bereits erwähnt, obliegt es der Gemeinde und den Kommissionen gemeinsam zu entscheiden, ob die Kommissionen zusätzlich eine separate Stellungnahme abgeben. Möglich wäre auch, dass sie – wie andere Vertretungen in der Gemeinde auch – ebenfalls im Rahmen der „Zielgruppengespräche“ eingebunden werden. Sinnvoll ist es aber auf jeden Fall, dass sie an den Arbeitsgruppen usw. teilnehmen.



EXKURS:

ANHEIZEN VON SPEKULATION DURCH BÜRGERBETEILIGUNG?

Eines der ersten Bedenken in Bezug auf Bürgerbeteiligung im Rahmen der Erstellung von PAGs, betrifft die Spekulationsgefahr: wenn Informationen über zukünftige PAG-Ausrichtungen offen gelegt würden, würde dies unweigerlich die Spekulation anheizen.

Natürlich sollte man diese Bedenken sehr ernst nehmen. Aber:

- gerade auch aus dieser Überlegung heraus bietet es sich an, BürgerInnen in der Phase der Erstellung der „étude préparatoire“ einzubinden. Hier wird nicht über spezifische Flächen bzw. Ausweisungen gesprochen, sondern weitgehend grundsätzlicher über die generelle Ausrichtung der Gemeindeentwicklung: insofern stellt sich hier das Spekulationsproblem kaum;
- wer meint, dass ohne Bürgerbeteiligung weniger Spekulationsbestrebungen erfolgen würden, sieht das Ganze vielleicht doch zu blauäugig...

Man sollte Bürgerbeteiligung nicht wegen eines vermeintlichen Problems grundsätzlich schlecht reden, sondern die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um dieses von vornherein möglichst zu vermeiden.

Und außerdem: Eine Beteiligung erlaubt es auch, Partikularinteressen offen zu legen und als solche auch klar zu benennen. In einer breiteren Gruppendynamik ergibt sich schnell, wer „nur“ seine Belange und nicht jene der Allgemeinheit sieht. Diese Interessen können im „größeren“ besser geklärt werden, als wenn ein Bürger einer Gemeinde den Schöffenrat - den er häufig auch noch persönlich kennt - hinter „verschlossener Tür“ „bearbeitet“.

Die Gemeinde kann außerdem aufgrund der Bestimmungen von Art. 20 des Gesetzes vom 19. Juli 2004 „*concernant l'aménagement communal et le développement urbain*“ - unter der Voraussetzung einer ministeriellen Genehmigung - eine Servitude auf den Parzellen aussprechen, die vom - in Ausarbeitung begriffenen Plan - betroffen sind. Beispiel einer entsprechenden Bestimmung einer Gemeinde:

„Introduction d'une servitude d'interdiction de lotissement et de construction“

Par décision du (date), le conseil communal a décidé de frapper des servitudes visées à l'article 20 de la loi modifiée du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain les terrains ou parties de terrains désignés sur les plans du - (date) faisant partie intégrante de la délibération du (date), pendant l'élaboration du nouveau Projet d'Aménagement Général.

Les plans indiquant les terrains ou parties de terrains frappés par la servitude d'interdiction de lotissement et de construction sont publiés sur le site internet de la Commune et peuvent être consultés au service technique de l'Administration communale pendant les heures de bureau.

La décision du conseil communal est susceptible d'un recours devant le tribunal administratif qui statue comme juge de fond. Ce recours doit être introduit sous peine de déchéance dans les quarante jours de la publication de la décision intervenue.

Eine derartige Bestimmung macht jede Befürchtung einer Spekulation hinfällig.

Phase 5: Diskussion der „étude préparatoire“ im Gemeinderat

Das Gesetz schreibt nicht explizit vor, dass die in der „étude préparatoire“ festgehaltenen Entwicklungsszenarien bzw. die zurückbehaltene Ausrichtung im Gemeinderat diskutiert bzw. gutgeheißen wird. Es ist allerdings nach Ansicht des Mouvement Ecologique ein „Must“, dass der Gemeinderat mit der Orientierung der „étude préparatoire“ befasst wird, eine diesbezügliche Diskussion stattfindet, und der Gemeinderat erst in einer weiteren Phase seine grundsätzliche Zustimmung gibt. Dies dürfte ja auch von der Mehrzahl der Gemeinden so praktiziert werden, auch wenn es gesetzlich leider nicht zufriedenstellend geregelt / vorgeschrieben ist.



KONTINUITÄT BEI DER
BÜRGERBETEILIGUNG GEWÄHRLEISTEN -
- AUCH NACH DER ERSTELLUNG
DER „ÉTUDE PRÉPARATOIRE“

Bürgerbeteiligung braucht Kontinuität. D.h. es wäre das falsche Signal, wenn diese Formen der Beteiligung nach der Fertigstellung der „étude préparatoire“ integral abgeschlossen sein würden.

Nachdem sich für eine Entwicklungsstrategie entschieden wurde, sollte - neben einer regelmäßigen Berichterstattung als Basis

- das Fachbüro an der Umsetzung und Konkretisierung der sich aus dem Prozess ergebenden Direktiven arbeiten
- bei evtl. weiteren offenen Punkten, ein weiterer Austausch sichergestellt werden. Das kann bedeuten, dass z.B. die Denkmalschutzaspekte noch mal überarbeitet werden oder aber, dass in Einzelaspekten wo noch kein Konsens bestand oder die Differenzen noch nicht ausreichend geklärt wurden, weiter diskutiert wird...

Auch können regelmäßiger etwas kulturellere „Feste“ rund um die Erstellung des PAG stattfinden, in dem immer wieder über den Stand der Dinge informiert und BürgerInnen sensibilisiert und etwas einbezogen werden.

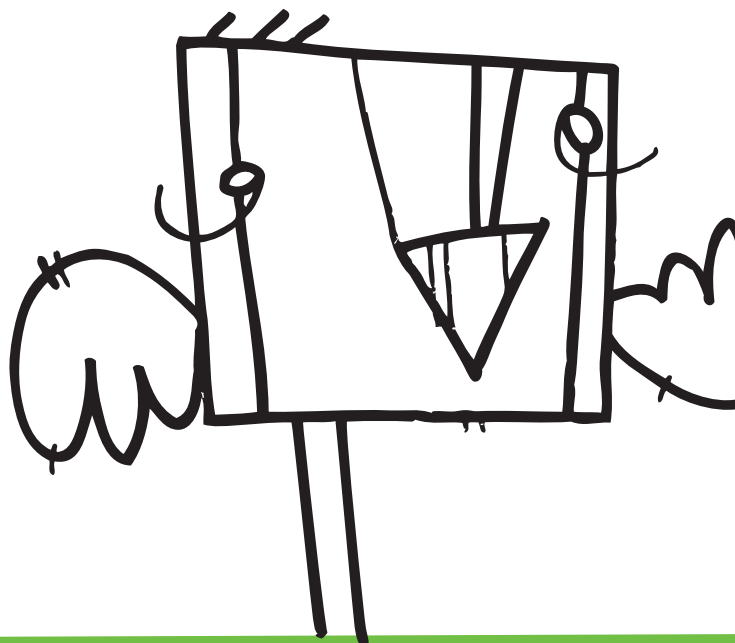
Diese Kontinuität - die jetzt aber etwas „zurückhaltender“ angegangen werden kann - ist ein Must, damit die BürgerInnen Ihr Engagement auch eher geschätzt fühlen sowie um zu verhindern, dass in der konkreten Umsetzung der Strategie doch noch neue Differenzen auftreten.

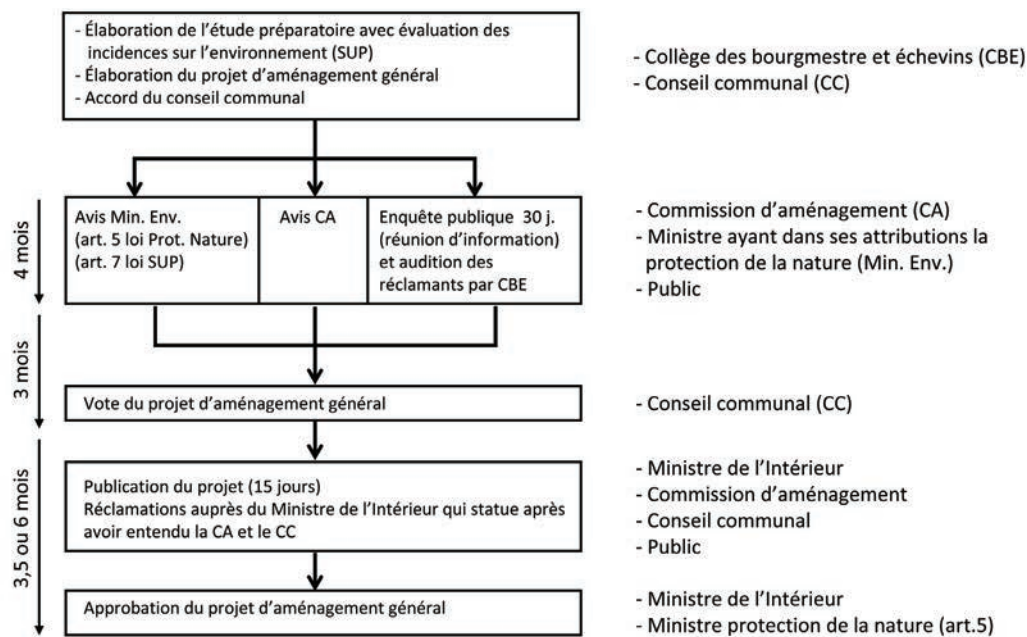
Phase 6: Öffentliche Prozedur optimal organisieren

Eine wichtige Phase ist die Vorstellung und das Votum des PAG-Entwurfes im Gemeinderat sowie die öffentliche Anhörung zum PAG-Entwurf. Am Ende des Prozesses kann der Bürger eigentlich nur noch als „Reklamant“ auftreten, Bemerkungen und Einwände in Bezug auf den vom Gemeinderat zurückbehaltenen PAG-Entwurf einzureichen. Auch wenn diese, vom Gesetz vorgeschriebene Einspruchsmöglichkeit nie eine regelrechte Bürgerbeteiligung im Vorfeld ersetzen kann, ermöglicht sie ggf. Korrekturen an dem PAG-Entwurf anzubringen.

In diesem Sinne kann die Gemeinde auch diese Phase des Prozesses bürgernaher gestalten:

- Um den BürgerInnen den größtmöglichen Zeitraum zu geben, um ihre Bemerkungen oder Einwände zu formulieren, soll die Gemeinde einige Tage vor dem Beginn der öffentlichen Prozedur ein Faltblatt an alle Haushalte verteilen. In diesem sollen wesentliche Elemente des PAG wiedergegeben, die Einwirkungsmöglichkeiten der BürgerInnen dargelegt sowie auf die Internetseite der Gemeinde verwiesen werden.
- Ebenfalls einige Zeit im Voraus sollen die beratenden Kommissionen, die vom PAG betroffen sind, informiert werden, dass der öffentliche Aushang stattfinden wird. Auch die betroffenen beratenden Kommissionen sollen in den Prozess einbezogen werden und ein Gutachten abgeben.
- Auf der Internetseite der Gemeinde sollten alle Informationen einsehbar sein, sowohl die Daten zur „étude préparatoire“, die Dokumente des Beteiligungsprozesses, die Umweltverträglichkeitsstudie (SUP) ggf. auch Dokumente, welche die getroffenen Optionen des Gemeinderates begründen u.a.m.
- Eine alleinige Informationsveranstaltung reicht wohl kaum aus, um den PAG allen BürgerInnen darzulegen... es sei denn, es fand eine breite Bevölkerungsbeteiligung im Vorfeld statt. War dies nicht der Fall, so sind mehrere Informationsveranstaltungen (auch auf der Ebene verschiedener Ortsteile oder Viertel) unerlässlich, um ein absolutes Minimum an Mitsprache zuzulassen.





Quelle: Innenministerium

DIE PAG-PROZEDUR

Der PAG-Entwurf wird, gemäß Art. 10 des Gesetzes, gemeinsam mit der „étude préparatoire“ sowie dem „rapport de présentation“ (d.h. einer für die BürgerInnen aufbereiteten Zusammenfassung der Hauptelemente des PAG) dem Gemeinderat vorgelegt, ggf. begleitet von einem „rapport sur les incidences environnementales“ (SUP) (siehe Kasten).

Wird der Planentwurf in einem ersten Votum vom Gemeinderat angenommen, muss er innerhalb von 15 Tagen zur Begutachtung der staatlichen „commission d'aménagement“ (bestehend aus Fachleuten diverser Ministerien) vorgelegt werden. Diese hat dann wiederum 4 Monate Zeit den Entwurf zu begutachten, inwiefern er staatlichen Leitlinien (z.B. der Landesplanung) und geltenden Gesetzen entspricht. Falls dies nicht in diesem Zeitrahmen erfolgt, kann der PAG auch ohne diese Stellungnahme der Kommission vom Gemeinderat gestimmt werden. Dieser Punkt ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique äußerst problematisch: denn, bis dato war dieses Gutachten der „commission“ auch für die BürgerInnen einsehbar, wenn sie ihre Meinung abgeben sollten. Nun ist dies nicht mehr der Fall. Mit Ausnahme der Umweltverträglichkeitsstudie (die jedoch nur umweltrelevante Aspekte behandelt) - ist somit eine wesentliche (unabhängige) fachliche Einschätzung des Entwurfs in dieser Phase nicht zugänglich. Dies ist ein Resultat der sogenannten „simplification administrative“ auf Kosten der Bürgerinformation und einer sachlichen Abwägung! Aber: eine demokratische Gemeinde veröffentlicht die Stellung der Kommission, nichts widerspricht einer derartigen Vorgehensweise!

Gleichzeitig, d.h. ebenfalls innerhalb von 15 Tagen nach Verabschiedung im Gemeinderat, wird gemäß Artikel 12 die Bevölkerung durch Aushang im Gemeindehaus bzw. durch „affiches apposées dans la commune de la manière usuelle“ darüber informiert, dass sie Einspruch gegen den PAG-Entwurf einreichen kann. Spätestens 3 Tage nach Beginn des Aushangs muss auch eine Notiz über das Laufen der Prozedur in 4 Tageszeitungen erfolgen. Artikel 12 besagt, dass dem PAG „un résumé du projet d'aménagement général“ beigelegt werden muss, welcher zudem in digitaler Form veröffentlicht werden muss. Die Zeitungsnotiz muss auf diesen Link hinweisen.

Innerhalb der ersten 15 Tage muss aufgrund von Artikel 12 des Gesetzes mindestens eine Informationsversammlung für die BürgerInnen stattfinden, diese muss ebenfalls in der Notiz in der Tagespresse angekündigt werden.

Die Öffentlichkeit hat dann (gemäß Artikel 13) 30 Tage Zeit **Einsprüche** gegen den Planentwurf einzureichen („réclamations“), wobei die Einwände schriftlich an den Schöffenrat gerichtet werden müssen. BürgerInnen, die dieses Recht nutzen, müssen vom Schöffenrat zusätzlich die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen einer Anhörung mündlich zu äußern.

Artikel 14 schreibt vor, dass spätestens 3 Monate nach Abschluss der Reklamationsfrist alle Unterlagen (inkl. Gutachten der „commission d'aménagement“, den ggf. formulierten Einwänden der BürgerInnen, ggf. der Stellungnahme des Umweltministers sowie den evtl. Abänderungsvorschlägen des Schöffenrates) dem Gemeinderat unterbreitet werden.

Dieser stimmt dann über den PAG ab und führt Abänderungen durch, oder nicht. Dabei ist er frei zu entscheiden, ob er auf eingebrachte Einwände eingeht oder nicht bzw. auf welche. Der Gemeinderat kann den PAG aber auch verwerfen. Oder wenn der Gemeinderat noch zusätzliche Abänderungen durchführen wollte - die weder von BürgerInnen, noch vom Umweltminister noch von der Kommission formuliert wurden -, so muss sich der Schöffenrat erneut damit befassen und eine neuerliche Prozedur in die Wege leiten.

Innerhalb von 8 Tagen nach der Entscheidung des Gemeinderates findet während 15 Tagen ein weiterer Aushang statt, in dem der vom Gemeinderat gutgeheissene PAG veröffentlicht wird. Dabei können gemäß Artikel 16 nur jene BürgerInnen, die bereits einmal Einspruch erhoben haben, erneut Einspruch erheben. Diese werden über ihr Recht zusätzlich mittels eingeschriebenem Brief informiert.

Der dann zurückbehaltene Plan wird dem Minister zugestellt, welcher dann innerhalb von 3 Monaten nach Erhalt des Dossiers seine Entscheidung treffen muss.



EXKURS: DIE „STRATEGISCHE UMWELTPRÜFUNG“ (SUP)

Für gewisse Zonen des PAG muss eine strategische Umweltprüfung durchgeführt werden, dies aufgrund von Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Mai 2008 „*loi relative aux incidences de certains plans et programmes sur l'environnement*“ (sog. SUP-Gesetz).

Die Prozedur zur „Strategischen Umweltprüfung“ im Rahmen eines PAG ist dabei folgende: Zunächst wird in einem Vorprüfverfahren eine sogenannte „Umwelterheblichkeitsprüfung“ durchgeführt. Diese kann (muss aber nicht) vom Büro erstellt werden, das mit der PAG-Ausarbeitung befasst ist. Ergibt diese Vorprüfung, dass keine relevanten Umweltauswirkungen festzustellen sind, ist die Prozedur abgeschlossen. Bei der Einschätzung, ob es sich ja oder nein um relevante Auswirkungen handelt, kann die Gemeinde die Einschätzung des für Umwelt zuständigen Ministeriums rückfragen.

Sind relevante Auswirkungen zu befürchten, muss ein „Umweltbericht“ erstellt werden. Dieser muss von einem hierzu akkreditierten Büro erstellt werden (aber nicht von jenem, welches mit der PAG-Ausarbeitung beauftragt ist). Er muss zudem dem Umweltminister vorgelegt werden, die eine Stellungnahme zu Ausmaß sowie Detaillierungsgrad formulieren müssen.

Dieser Umweltbericht muss dem Gemeinderat im Rahmen des ersten Votums mit dem PAG-Entwurf unterbreitet werden sowie im Rahmen der öffentlichen Anhörung ausliegen. Es wäre nach Ansicht des Mouvement Ecologique angebracht, dass die Gemeinde die SUP nicht nur dem ersten Entwurf des Planes „beifügt“, sondern bereits erste Schlussfolgerungen aus der SUP in den Planentwurf einarbeitet. So können unnötige Streitigkeiten vermindert werden, da die BürgerInnen z.B. von vorneherein wissen, welche Empfehlungen der SUP der Gemeinderat aufgreifen will (oder ggf. auch nicht).

Was gehört in einen solchen Umweltbericht? Alle vorliegenden Informationen, wie zum Beispiel eine Bestandsaufnahme der naturräumlichen Eigenarten (Diversität, Arten...), der evtl. Altlasten sowie ein Verdachtsflächenkataster, Genehmigungen von genehmigungspflichtigen Aktivitäten („*établissements classés*“), der Impact einer evtl. Bebauung in diesen Bereichen und ggf. konkrete Alternativvorschläge zu den zu befürchtenden Beeinträchtigungen. Hierzu gehört aber auch ein „exposé“ zur Integration der Umweltbelange in die Planung sowie eine Beschreibung des „Monitoring“ (suivi), der laut Artikel 11 sicherstellen soll, dass bei der Umsetzung der Planung möglichst frühzeitig Umweltschäden vermieden werden.

Der Umweltbericht ist Bestandteil der verschiedenen Entscheidungsphasen des PAG, wobei er wie erwähnt 40 Tage zur Ansicht im Rahmen der öffentlichen Prozedur ausliegt (parallel zu dem ersten Entwurf des PAG). Im Rahmen der Genehmigungsprozedur durch das Innen- bzw. das Nachhaltigkeitsministerium spielt die Berücksichtigung der Schlussfolgerungen des Umweltberichtes durch die Gemeinde bei der ministeriellen Einschätzung des definitiven kommunalen PAG ebenfalls eine wichtige Rolle.

Es ist demnach im Interesse der Gemeinde, vor allem das Nachhaltigkeitsministerium in die Umsetzung des Berichtes einzubinden. Ansonsten riskiert sie, dass „ganz am Ende des Prozesses“ das Nachhaltigkeitsministerium den PAG verwirft, da Umweltbelangen nicht ausreichend Rechnung getragen wurde.

Weitere wichtige Anmerkung: Gemäß Artikel 12 besteht die Möglichkeit eines Einspruchs beim Verwaltungsgericht gegen den Entscheid der Gemeinde keinen Umweltbericht erarbeiten zu lassen (Artikel 2.7).

Weitere Infos zum Thema mit Details zum Inhalt und zum Ablauf der SUP-Prozedur:
www.environnement.public.lu/conserv_nature/dossiers/SUP/Leitfaden.pdf
www.environnement.public.lu/conserv_nature/dossiers/SUP/FragenundAntworten_SUP.pdf

KAPITEL 3

Flächennutzungsplan (PAG) und nachhaltige Gemeindeentwicklung: Einige inhaltliche Empfehlungen



Detaillierte Vorschläge für die inhaltliche Ausrichtung eines PAG würden den Rahmen dieser Veröffentlichung sprengen. Im Folgenden seien lediglich einige Anregungen gegeben, inwiefern generelle Aspekte im Interesse der Allgemeinheit im PAG eingebracht werden können.

Aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung sind zwei Aspekte bei der Ausarbeitung des PAG von zentraler Bedeutung:

1. Die räumliche Ausweisung der verschiedenen Zonen
2. Die Berücksichtigung von relevanten Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung bei der Nutzung / Gestaltung des öffentlichen Raumes, des Schutzes von natürlichen und kulturellen Gütern, der sanften Mobilität u.ä.

Räumliche Ausweisung von Zonen: die juristischen Möglichkeiten voll ausnutzen

Allzu oft wird der PAG im Verständnis von so manchem Politiker bzw. Bürger auf eine reine räumliche Zonenausweisung reduziert... Umso erstaunlicher ist es eigentlich, dass dennoch vielfach nicht alle Möglichkeiten des Gesetzes was die Zonenausweisung anbelangt, ausgeschöpft werden.

Der Mouvement Ecologique begrüßt, dass - sowohl im Gesetz zum „pacte logement“ als auch im Gesetz betreffend die Flächennutzungsplanung - der Staat den Gemeinden Instrumente zur Verfügung gestellt hat, um Zonen im öffentlichen Interesse auszuweisen und sogar die Voraussetzungen zu schaffen, um ggf. Enteignungsprozeduren in diesem Zusammenhang in die Wege zu leiten.

Vorbemerkung: Das Gesetz sieht folgende mögliche Zonen im Rahmen eines PAG vor („Règlement grand-ducal du 28 juillet 2011 concernant le contenu du plan d'aménagement général d'une commune“): „zones d'habitation, zones mixtes, zones de bâtiments et d'équipements publics, zones d'activités

économiques communales type 1 et type 2, zones d'activités économiques régionales type 1 et type 2, zones d'activités économiques nationales, zones d'activités spécifiques nationales, zones commerciales, zones militaires, zones spéciales, zones d'aérodrome, zones portuaires, zones de gares ferroviaires et routières, zones de sports et de loisirs, zones de jardins familiaux, zones destinées à rester libres (zones agricoles, zones forestières, zones viticoles, zones horticoles, zones de parc public, zones de verdure), zones d'aménagement différé, zones d'urbanisation prioritaire, zones de „servitude urbanisation“, les servitudes „couloirs et espaces réservés“, secteurs protégés d'intérêt communal, zones de risques prévisibles, zones à risques concernant la prévention des accidents majeurs impliquant des substances dangereuses, zones de bruit, zones d'extraction, zones délimitant les fonds soumis à l'élaboration d'un plan d'aménagement particulier „nouveau quartier“, zones ou espaces définis en exécution de dispositions légales et réglementaires spécifiques.“

Im Folgenden seien lediglich einige Zonen hervorgehoben, die von besonderer Bedeutung für die Entwicklung einer Gemeinde sind bzw. sein können und z.T. weniger bekannt sein mögen.

Ausweisung als Bauland oder aber als Grünzone: eine bewusste Entscheidung im Interesse auch der Lebensqualität

Im PAG wird grundsätzlich festgehalten, welche Zonen bebaut werden dürfen und welche nicht („Grünzone“). Fakt ist, dass bereits in heutigen PAG's Zonen als potentielles Bauland ausgewiesen sind, die eigentlich aus Sicht des Natur- bzw. Landschaftsschutzes erhaltenswert wären, d.h. als Grünzone klassiert sein müssten. Dies gilt z.B. für Randbereiche der Ortschaften, aber auch für einzelne Flächen bzw. Elemente innerhalb des „Bauperimeters“, die als besonders wertvoll gelten. Sei es aufgrund der ökologischen Bedeutung des Areals oder aber da sie Freiräume zu Erholungszwecken darstellen, als Grünelemente den Ortskern bereichern u.a.m...

In den vergangenen Jahren erfolgte eine fachliche Bestandsaufnahme der naturschutzrelevanten Biotope in den Gemeinden (entsprechend den Bestimmungen von Art. 17 des Naturschutzgesetzes). Während dies im sogenannten Außenbereich jedoch auf einer vom damaligen Umweltministerium vorgegebenen, standardisierten Art und Weise erfolgte, ist der Detaillierungsgrad der Erfassung innerhalb des Bauperimeters je nach Gemeinde unterschiedlich konkret. Hier gilt es ggf. nachzubessern, wenn diese Erfassung lückenhaft erfolgt ist. Die Gemeinde sollte deshalb bei der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes:

- untersuchen, welche Areale - aufgrund u.a. ihres Naherholungswertes, ihrer Bedeutung aus Naturschutz- oder Landschaftsschutzsicht - als nicht bebaubare Zone (Grünzone oder sogar als kommunale Schutzzone) ausgewiesen werden sollen: sowohl im Außenbereich als auch innerhalb des Bauperimeters;
- abwägen, ob ggf. eine Reduzierung des Bauperimeters aufgrund der Schlussfolgerungen der naturschützerischen Bestandsaufnahmen durchzuführen ist.

Dabei sollte durchaus auch ins Auge gefasst werden, ausgewiesene Bauzonen, die augenscheinlich von den Besitzern nicht als Bauland genutzt werden, erneut als Grünzone umzuklassieren. Eine solche Vorgehensweise ermöglicht im PAG ein reelles Spiegelbild des wirklich verfügbaren Baulandes darzustellen. Bei diesen Überlegungen sollten die Resultate der Strategischen Umweltprüfung, die im Rahmen der PAG-Erstellung ebenfalls angefertigt werden muss, diskutiert und berücksichtigt werden.

Schutzzonen für natürliche oder kulturelle Güter ausweisen

Gemeinden können im Rahmen des PAG schützenswerte natürliche oder kulturelle Güter entsprechend erhalten durch

- die Ausweisung von kommunalen Natur- bzw. Landschaftsschutzgebieten;
- die Festlegung von Naturdenkmälern;
- die Ausweisung von schützenswerten Ortskernen oder sonstigen schützenswerten Gebäulichkeiten als „secteur sauvegardé“ sowie als geschützte Bauten (hierzu ist ebenfalls eine Bestandsaufnahme dienlich, dies in Zusammenarbeit mit dem „Service des Sites et Monuments“);

- die Ausweisung von Wasserschutzgebieten in Absprache mit dem Wasserwirtschaftsamt;
- eine Ausweisung von nicht bebaubaren Flächen, wie z.B. Überschwemmungsgebieten, geologisch problematischen Flächen, Frischluft- und Kaltluftschneisen, Arealen, die aus Lärmschutzsicht von Relevanz sind...

Zonen mit Vorkaufsrecht der Gemeinden („droit de préemption“) in Betracht ziehen *

Das Gesetz des „Pacte logement“ (Loi du 22 octobre 2008 portant promotion de l'habitat et création d'un pacte logement avec les communes, Titre 2) gibt der Gemeinde die Möglichkeit Zonen im Flächennutzungsplan auszuweisen, auf welchen sie über ein Vorkaufsrecht verfügen möchte. Eine solche Vorgehensweise ist zulässig bzw. bietet sich z.B. an, um Flächen für öffentliche Infrastrukturen oder im Interesse des Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes zu sichern. Im Falle des geplanten Verkaufs von Flächen innerhalb dieser Zonen muss der zuständige Notar die Gemeinde und Staat über den Verkauf informieren; diese haben anschließend 2 Monate Zeit, um zu entscheiden, ob sie dieses Vorkaufsrecht nutzen wollen.

„Réserves foncières“ ausweisen *

Artikel 97 und folgende des Gesetzes sehen die Möglichkeit der Ausweisung sogenannter „réserves foncières“ zur Schaffung von Wohnraum, Gewerbeflächen oder aber im Interesse von Natur- und Landschaft, öffentlichen Infrastrukturen, wirtschaftlichen Aktivitäten oder allgemein im öffentlichen Interesse vor. Dabei werden der öffentlichen Hand weitreichende Möglichkeiten zugestanden: wenn das Areal für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist und ein Besitzer würde die Entwicklung blockieren, könnte sie sogar - auch wenn dies sicherlich nur im Extremfall erfolgen würde - eine Enteignungsprozedur in die Wege leiten. Auch Instrumente zur Eindämmung der Spekulation sind vorgesehen.

Entwicklungsgebiete ausweisen („zones de développement“) *

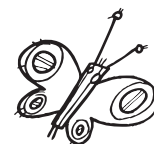
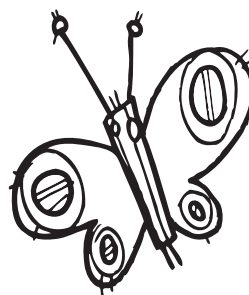
Artikel 41-54 legen das Prinzip der „zones de développement“ fest. Als solche gelten bebaute, teilweise bebaute oder nicht bebaute Gebiete der Gemeinde, die aufgrund der Vorgaben des Gesetzes betreffend die Landesplanung von besonderem Interesse („intérêt particulier“) für die nationale oder regionale Entwicklung sind. Deren Ausweisung muss im öffentlichen Interesse sein, z.B. um dem Anspruch nach mehr Wohnraum oder Arbeitsplätzen gerecht zu werden, die Realisierung von öffentlichen Infrastrukturen zu ermöglichen u.a.m.

Sind die Besitzer der Areale nicht bereit, ihre Parzellen für die geplante Nutzung zur Verfügung zu stellen, hat die Gemeinde - auch hier wieder im Notfall - die Möglichkeit deren Enteignung in die Wege zu leiten. D.h. im Klartext: das Argument, ein einzelner Besitzer würde ein zentrales Projekt im Sinne der Allgemeinheit verhindern, stimmt in der Form nicht mehr.

Restrukturierungsgebiete ausweisen („zones à restructurer“)*

Die Gemeinden können ebenfalls ein bestehendes Viertel bzw. Teilraum einer Ortschaft, die von besonderem Interesse für die Entwicklung der Gemeinde selbst oder im Sinne der regionalen oder nationalen Entwicklung - wie von dem Gesetz der Landesplanung vorgesehen - als „zones à restructurer“ ausweisen (Art. 55 – 62 des Gesetzes). Auch hier kann die Gemeinde die Möglichkeit nutzen, die Projekte als „*utilité publique*“ zu bezeichnen.

* Diese Zonen stellen Ausführungsinstrumente des PAG dar und werden (erst) durch eine eigene Prozedur rechtskräftig.



Weitere Akzente im Sinne einer nachhaltigen Gemeindeentwicklung im PAG setzen

Generell gilt es bei der Neuerstellung bzw. Überarbeitung eines PAG - im Besonderen im Rahmen des schriftlichen Teiles - aktuellen urbanistischen, ökologischen, natur- und energiepolitischen Standards Rechnung zu tragen. Einige Beispiele:

- Bei neuen größeren Siedlungsgebieten eine **Einteilung in Realisierungsphasen** vorschreiben (Stufe 1 der Bebauung muss abgeschlossen sein, bevor Phase 2 realisiert wird).
- **Flächensparende Bauweisen** - natürlich angepasst an die Ortschaft - als Kriterium verankern (im Rahmen der Festlegung der sog. „Dichtefaktoren“), neue Siedlungsformen bevorzugen (z.B. autofreies Wohnen).
- **Architektonische Auflagen** zur Integration der Gebäude in das Ortsbild sowie in das Gelände (keine „Maulwurfshügel“) bzw. die notwendigen Begrünungselemente berücksichtigen.
- Aufbauend auf der im Rahmen der vorgeschriebenen PAG vorgeschriebenen Verkehrsstudie, klare Vorgaben für eine **verkehrsberuhigte Straßengestaltung**, das Anlegen von Rad- und Fußwegen sowie eine nachhaltige Parkplatzbewirtschaftung (Festlegung einer maximal zulässigen Anzahl von Parkplätzen im Rahmen eines „*plan d'aménagement particulier*“ (PAP)) machen.
- Den Anschluss an ein evtl. **Nahwärmenetz** vorschreiben / Vorrangzonen für die Nutzung eines eventuellen Nahwärmenetzes ausweisen.
- Eine **Mischnutzung** (Wohnen, Dienstleistungen, kleinere Betriebe, soziale Einrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten...) in den einzelnen Vierteln bzw. Ortschaftsteilen bewusst fördern.
- Bestehende **Grünstrukturen** überwiegend erhalten oder ausweiten (z.B. Obstbäume, einheimische Hecken) z.B. durch entsprechende Auflagen bei Baugenehmigungen bzw. im Rahmen von „*plans d'aménagement particuliers*“ (PAP), dies unter Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten bzw. durch kontraktliche Verpflichtungen seitens der Bauträger.
- Eine optimale **Wasserversickerung** bzw. Sammelbecken für Oberflächenwasser gewährleisten und die **Bodenversiegelung** minimieren (z.B. durch Vorschreiben einer maximal zulässigen Versiegelung bei Bauten).
- Eine **gute Gestaltung der Siedlungsgebiete zur freien Landschaft hin** (Ortsrandbegrünung u.a.m.) gewährleisten.
- Im Hinblick auf eine **attraktivere Gestaltung der Aktivitätszonen bzw. ihrer Integration in das Umfeld** konkrete Auflagen in den Genehmigungen vorsehen, wie z.B.: Versickerung der Oberflächengewässer, Nutzung von Regenwasseranlagen, Anlage von Grünflächen mit einheimischen Arten (im Rahmen der 25%-Regelung und darüber hinaus), Fassadenbegrünung, Integration in das Ortschafts- bzw. Landschaftsbild). Oder aber konkrete Auflagen, wie z.B.: Versickerung der Oberflächengewässer, Nutzung von Regenwasseranlagen, Anlage von einheimischen Grünflächen (25%-Regelung), Fassadenbegrünung, Begrünung zur Ortschaft hin.



Proposition de délibération du conseil communal concernant la politique d'information et la participation citoyenne

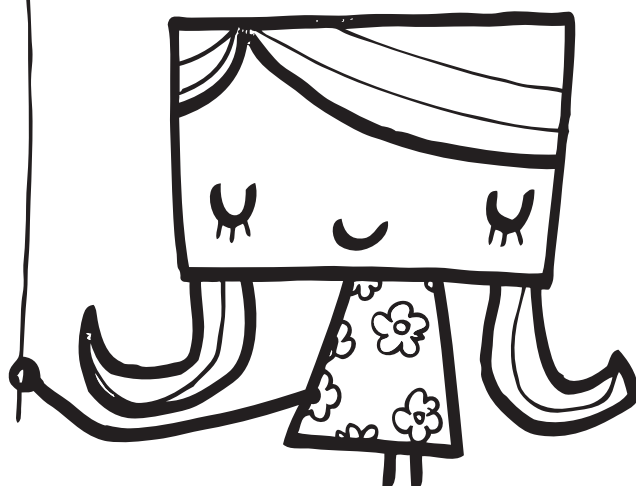
Considérant

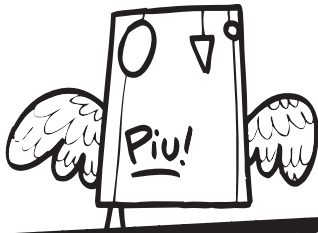
qu'une bonne information et une large participation citoyenne

- constituent des éléments importants de la politique communale;
- permettent de renforcer le dialogue dans la commune, autant entre responsables politiques et citoyen(ne)s, qu'entre les résidents eux-mêmes et les différents groupes de la population;
- représentent des instruments efficaces et incontournables permettant de faire bénéficier les responsables communaux du know-how des citoyen(ne)s;
- peuvent contribuer utilement à une planification harmonieuse du développement communal et à la qualité de projets d'infrastructures, ceci en sollicitant le support des habitants et en réduisant ainsi des conflits d'intérêts éventuels.

Le conseil communal s'engage à

- adopter une charte définissant de façon concrète la politique d'information et de participation citoyenne de la commune;
- informer dans la mesure du possible les citoyen(ne)s, en publiant notamment des informations et dossiers importants ainsi que des procédures publiques sur le site internet, tout en mettant à disposition les dossiers relatifs sous forme électronique;
- répondre dans les meilleurs délais aux demandes d'informations adressées par les habitants à l'administration communale;
- faire participer les citoyen(ne)s dans des processus de planification de projets et ceci à un stade précoce, dans un cadre et une finalité clairement définis par le conseil communal;
- y associer les différents groupes de population par des méthodes appropriées;
- assurer une continuité dans le processus participatif notamment par le biais d'une information relative à l'évolution du dossier ainsi qu'à l'argumentation retenue par le conseil communal dans sa décision finale;
- assurer une modération indépendante du processus de participation, en ayant recours, le cas échéant, à une personne-tierce qualifiée dans le domaine de la participation citoyenne.





GESETZES- UND LITERATURHINWEISE

- Bischoff, A., Selle K. & Sinnig H. (2007): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur
- Selle, K. (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus... Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Detmold: Verlag Dorothea Rohn; www.rohn-verlag.de
- Loi du 22 octobre 2008 relative au pacte logement: www.legilux.public.lu/leg/a/archives/2008/0159/a159.pdf#page=2
- Ministère de l'Intérieur et de la Grande Région: Procédure PAG - version détaillée www.miat.public.lu/publications/amenagement_communal/proc_pag_det/pag_det_pdf.pdf
- Ministère de l'Intérieur et de la Grande Région: Procédure PAG - version simplifiée. www.miat.public.lu/publications/amenagement_communal/proc_pag_simpl/pag_simpl_pdf.pdf
- Ministère de l'Intérieur et de la Grande Région: Pour des quartiers et des villages attractifs et vivants www.miat.public.lu/publications/amenagement_communal/quartiers_villages/quartiers_villages.pdf
- Ministère de l'Intérieur et de la Grande Région: Procédure PAG - Foire aux questions www.miat.public.lu/publications/amenagement_communal/PAG_FAQ/pag_faq_pdf.pdf
- Ministère de l'Intérieur et de la Grande Région: Présentation de la loi modifiée du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain. www.miat.public.lu/publications/amenagement_communal/1_presentation/presentation.pdf
- Loi aménagement communal et développement urbain: texte coordonnée: www.miat.public.lu/legislation/amenagement_communal/2_texte_coord.pdf
- Ministère de l'Intérieur et de la Grande Région - Ordre des Architectes et Ingénieurs-Conseil (2013): Procédure PAG / PAP (régime 2011): www.oai.lu/files/publications_professionnelles/Fiche_de_Travail_PAG_PAP_-_Regime2011.pdf (auch als Faltblatt erhältlich: sehr empfehlenswert!)

* Die so gekennzeichneten Textteile in dieser Veröffentlichung sind Zitate aus unterschiedlichen Veröffentlichungen von Prof. Klaus Selle



Aeren Don fir Mensch, Natur an Emwelt

Von den Ideen zur konkreten Umsetzung

Vernetztes Denken fördern, Wirtschaft und Ökologie miteinander verbinden, zukunftsweisende Mobilität, Umweltbildung, nachhaltige Siedlungspolitik, ökologische Landwirtschaft, alternative Energien fördern, Beteiligung der BürgerInnen: Mit Ihrer Spende unterstützen Sie Projekte in all diesen Bereichen.

Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung

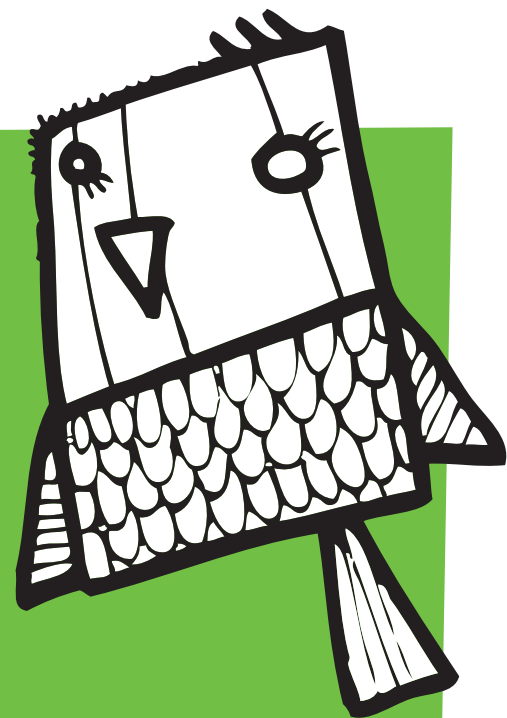
Die Stiftung Öko-Fonds ist eng mit dem OekoZenter und dem Mouvement Ecologique verbunden und unterstützt vor allem - aber nicht nur - Projekte dieser Vereinigungen. So kann die Stiftung Öko-Fonds das Spendenaufkommen optimal einsetzen im Hinblick auf einen gesellschaftlichen Fortschritt unter Berücksichtigung von nachhaltigen Kriterien und gleichzeitiger Steigerung der Lebensqualität.

SPENDEN Sie jetzt !

Wenn Sie der Meinung sind, dass es sich lohnt unsere Arbeit finanziell zu unterstützen, können Sie dies mittels Einzelspende oder Dauerauftrag tun. Auch bei Geburten, Geburtstagen, Hochzeit oder Todesfall bietet sich Ihnen die Möglichkeit Spenden an die Stiftung Öko-Fonds zu übermitteln. Spenden an die Stiftung Öko-Fonds sind steuerlich absetzbar.

Für weitere Informationen können Sie uns gerne kontaktieren
Tel. 43 90 30-50 oder oekofonds@oeko.lu, www.oeko.lu

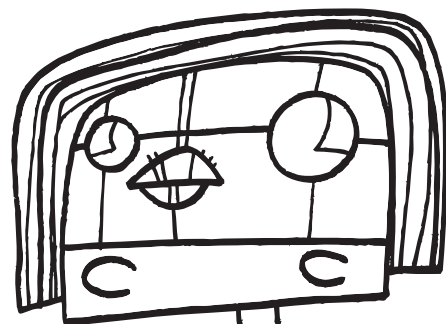
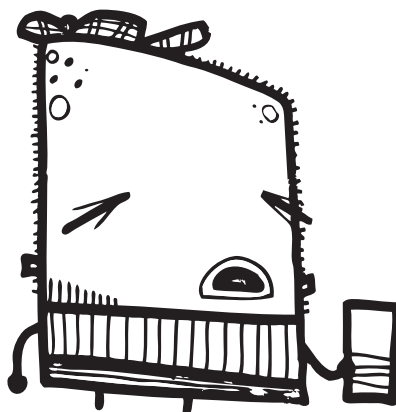
Spenden an die Stiftung Öko-Fonds sind steuerlich absetzbar.
Unsere Konten: CCPL: LU96 1111 0734 1886 0000
BCEE: LU31 0019 1100 4403 9000



Powered by
**ÖKO
FONDS**

Öko-Fonds. Am Déngscht vu Mënsch an Ëmwelt.

www.oeko.lu



Impressum

www.meco.lu

Gemengenemweltinfo 06/2013, Abrëll 2013

erausgi vum Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg

Redaktioun: Blanche Weber, Théid Faber

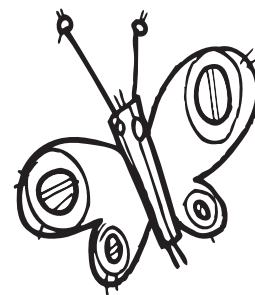
Layout: Today's Ink s.à r.l.

Oplo: 6.000

Imprimerie Watgen, Luxembourg

Dësen Exempleire ka gratis nobestallt ginn.

Bei enger gréisserer Unzuel gëtt ëm eng
Käschtebedeelegung gebieden.



Sekretariat:

Tel.: 43 90 30-1 - Fax: 43 90 30-43

CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000

e-mail: meco@oeko.lu - www.meco.lu

4, rue Vauban (Pafendall) - Lëtzebuerg

Gréngen Telefon: 43 90 30-1

Permanence:

Méindes bis Donneschdes 8-12 a 14-17 Auer

Freides 8-12 Auer, Nomëttes zou

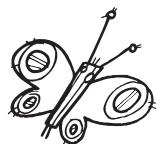
Fir Member ze ginn: Per Telefon oder schrëftlech Statuten,
Depliant a Baitrëtsformular ufroen.

Cotisatioun:

50 € Eenzelmember

75 € Haushaltmemberschaft

20 € Studenten an Aarbechtsloser





**mouvement
écologique**

Lieweg, kritesch, engagéiert ...

Member ginn am Mouvement Ecologique!

